1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 2 vom 13. Januar 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM

## Diese Woche

Gegen die Unternehmerhetze — 35-Stunden-Woche! (Seite 3)

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht — auf ewig unvergessen (Seiten 5 — 8)

Rundreise südafrikanischer Gewerkschafter (Seite 11)

## Cronenbergs Lösung

*Dieter Julius Cronenberg, seines Zeichens stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und profilierter Vertreter von kapitalistischen Interessen hat die Lösung gefunden: Ein Fonds.*

*Wozu? Um im „Abwehrkampf gegen die existenzvernichtende 35-Stunden-Woche" sichern zu können, daß auch kleine und mittlere Unternehmen einen Streik durchstehen könnten, müßte eben ein solcher Fonds geschaffen werden, in den die Großbetriebe einzahlen. Denn es müsse Härte gegenüber den Gewerkschaften an den Tag gelegt werden.*

*„Härte gegenüber den Gewerkschaften" gefordert nicht von irgendeinem Hinterbänkler, sondern einem der wichtigsten Parlamentsmitglieder einer Regierungspartei — das sind schon recht andere Töne als der süße Klang der Sozialpartnerschaft.*

*Um so mehr wäre es wichtig, endlich Härte zu zeigen gegenüber diesen Cronenbergs und ihren Hintermännern von Industrie, Banken und Geldadel. Nicht im Stile von Ernst Breit am Wochenende, der einmal mehr die Predigt der Vernunft an die kapitalistische Adresse richtete und damit doch nur seine Bereitschaft zu einem Kuhhandel ausdrückte. Sondern im selben Stile, wie es die andere Seite betreibt, hart und entschlossen.*

*Wobei es allerdings nicht ganz überflüssig ist, Cronenbergs Gedanken einmal weiter zu spinnen...*

*Wenn schon ein Fonds, dann richtig. Dann könnten die Großbetriebe ja auch für die kleinen mitbezahlen, wenn es um die Einführung der keineswegs existenzvernichtenden sondern Arbeiterexistenzen sichernden 35-Stunden-Woche geht. Das Geld ist ja offensichtlich, wenn man Cronenbergs Kriegstaktik in Rechnung stellt, vorhanden.*

*Das mag das Problem der Kapitalisten sein und ist es auch. Trotzdem: Herrn Cronenbergs militanter Vorschlag enthüllt, daß Geld da ist. Aus der Arbeitskraft der Belegschaften gewonnenes Geld. Das bisher zur weiteren Rationalisierung und Entlassung eingesetzt wurde. Wenn man da genügend Härte zeigt...*

### Vor der Tagung der Innenministerkonferenz:

# Soll der Polizeispitzel gesetzlich eingeführt werden?

**Am 12. Januar tagt die Konferenz der Innenminister der Bundesländer. Tagesordnungspunkt ist das Thema „Neue Methoden der Verbrechensbekämpfung". Was damit gemeint ist: Der Polizeispitzel soll endgültig legalisiert werden. Im „Spiegel"-Gespräch dieser Woche gab der baden-württembergische Innen- und Justizminister Eyrich zu, daß in seinem Bundesland bereits seit 8 Jahren Polizeiagenten im Untergrund arbeiten. Auch aus Hamburg — als weiteres Beispiel — sind in der Vergangenheit Tatsachen bekannt geworden, die zeigten, daß Polizeispitzel eingesetzt werden. Daß es dafür keine gesetzliche Basis gab, hat die verantwortlichen Politiker ebenso wenig gestört, wie daß damit ein Weg zur Veränderung der Polizei hin zum Geheimdienst beschritten wird.**

Polizisten, die in Verfolgung ihres Auftrages Verbrechen begehen — daß war bisher unvereinbar mit der bürgerlichen Rechtsauffassung, wie sie in der BRD beschrieben wurde. Nur im USamerikanischen Polizei- und Justizsystem ist dies altbekannt. Aber ohnehin wurden in den letzten Jahren zahlreiche Neuerungen in diesem Bereich — und zwar von allen etablierten Bonner Parteien — eingeführt, die dem eigentlichen Anspruch auf „Rechtsstaatlichkeit" widersprachen: Der „Zeuge vom Hörensagen" etwa.

Daß es in den vergangenen Jahren immer wieder Spitzel des Geheimdienstes (beziehungsweise: der verschiedenen bundesdeutschen Geheimdienste) in politischen Bewegungen gab, ist eine altbekannte Tatsache. Daß dabei auch verschiedentlich die Taktik des „agent provocateurs" verfolgt wurde, ist ebenfalls als Tatsache zu registrieren. (Wie auch die entsprechende Zusammenarbeit mit den politischen Kommissariaten der Polizei).

Nun soll also auch die Polizei offiziell mit geheimdienstlichen Mitteln arbeiten dürfen. Nach dem Motto: Man betreibe lange genug eine Sache am Rande — oder wie in diesem Fall: jenseits — der Legalität, und es wird schon eine Basis dafür entstehen, die „rechtliche Absicherung" dieser Vorgehensweise zu vollziehen.

Natürlich ist eine umfassende Dokumentation darüber, wie oft solche Polizeiagenten in den letzten 8 Jahren in den verschiedenen Bundesländern eingesetzt wurden nicht zu machen, denn hier wird geheim gehalten und im Trüben gefischt.

Der baden-württembergische Minister, der für seine Landesregierung in Anspruch nimmt, sie sei die erste gewesen, die dies praktiziert hätte, spricht von „zweistelligen Zahlen". Was mit anderen Worten heißt, daß dies bundesweit in Hunderten von Fällen so geübt wurde.

Die Parole „gleiches mit gleichem bekämpfen", also auch das Verbrechen (von der Unterdrückung politischer Opposition einmal ganz abgesehen, die stets damit im Gefüge kommt) mit Verbrechen zu bekämpfen war und ist von jeher eine Parole auf dem Weg zum Polizeistaat, zu den Sondervollmachten, zu einer (noch lange nicht: der) geheimen Staatspolizei, eine Parole der Reaktion, der antidemokratischen Kräfte.

Die gesetzliche Absicherung, die es bisher nicht gab, was auch Eyrich in dem Gespräch mit dem Spiegel mehrmals zugeben muß, wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg dahin — ein Schritt, den alle demokratischen Kräfte ablehnen müssen.

### Kapitalistenverband macht Infostände

# Alle Register gegen die 35-Stunden-Woche sollen gezogen werden

**Eine echte Neuheit erlebte am vergangenen Wochenende Frankfurt. Dort gab es zum ersten Mal einen großen Informationsstand des Verbandes der Metallkapitalisten. Unter solchen Losungen wie „Jobkiller" wurde dabei gegen die 35-Stunden-Woche gehetzt. Die Passanten sollten für dumm verkauft werden, indem solche angeblichen Lösungen wie flexible Arbeitszeit als Alternative zur Arbeitszeitverkürzung ausgegeben wurden.**

Nun: Das Interessante an diesem Vorgang ist nicht die Tatsache, daß den Angestellten des Kapitalistenverbandes (denn Chefs selbst sah man nicht) etwas Neues in der Argumentation eingefallen wäre. Daß man den Unternehmer-Wunschtraum von der Arbeitskraft auf Abruf so hindreht, als wäre dies eine Form der Schaffung von Arbeitsplätzen ist ein inzwischen schon „altes" Argument.

Nein, interessant daran ist die Tatsache, daß ein solcher Verband, dessen Tätigkeit normalerweise hinter den Kulissen oder in der Manipulation der Medien angesiedelt ist, sich in dieser Form an die Öffentlichkeit wendet. Das ist in dieser Form in der BRD wirklich neu. Und es soll der Start einer ganzen so organisierten Kampagne gewesen sein.

Damit soll natürlich zum einen demonstrativ die Wichtigkeit herausgehoben werden, die der Verband dieser Frage beimißt, zum anderen soll selbstverständlich auch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung über diesen Weg weiter vorangetrieben werden.

Um so mehr wird es wichtig werden, dieser Vorgehensweise entsprechend zu begegnen, den Argumenten, die die Kapitalisten über zahllose Kanäle in die Öffentlichkeit bringen, die Wahrheit entgegenzusetzen, daß die für die Einführung der 35-Stunden-Woche zahlen müssen, daß die immer größeren „Opfer" der Werktätigen kein Ausweg aus der Krise sind — nur für die Reichen.

Unsere Partei wird dazu ihren Beitrag — unter anderem — durch eine diesbezügliche Flugblattserie leisten (siehe Seite 3) — höchste Zeit vor allem für die IGM, einen Zahn zuzulegen.

# Bourgiba macht — wieder einmal — Konzessionen

### IWF-Diktat bleibt aufrecht

**Bourgiba hat also die Erhöhung der Brotpreise zurückgenommen, Minister abgesetzt, die Leute haben ihm zugejubelt und nun herrscht wieder Frieden im Land Tunesien. Das jedenfalls ist das Bild, das die bürgerlichen Medien von der Lage zwischen Tunis und Gafsa zeichnen. Es hat eigentlich nur den Fehler, daß es ein paar grundlegende Tatsachen außer Acht läßt.**

In erster Linie folgende: Die Brotpreiserhöhung ergab sich aus der Streichung der staatlichen Getreidesubventionen. Diese Streichung hatte der Internationale Währungsfonds (IWF) von der tunesischen Regierung gefordert — und fordert sie nach wie vor. Das Diktat des IWF bleibt aufrecht erhalten. Es entspricht auch voll und ganz der traditionellen Politik des IWF seit seinem „Aufstieg" zum internationalen Finanzpolitik-Gremium Nummer 1, der sich in den siebziger Jahren vollzog. Noch allen Regierungen von unterentwickelten Ländern wurden als Bedingung für Zahlungsaufschübe oder erneute Kredite solche Auflagen gemacht. Auflagen, die stets als Kern den Abbau staatlicher Leistungen an der Bevölkerung hatten.

Aber auch die Tatsache findet wenig Erwähnung, daß es ja keineswegs die ersten militanten, verzweifelten Proteste in Tunesien sind, sondern nur die bisher letzten einer ganzen Kette solcher Aktionen. Die sich aus der Politik Bourgibas ergeben, Tunesien voll in die Hände des westlichen Imperialismus, in erster Linie des französischen Imperialismus auszuliefern, bzw. dazu beizutragen, daß es dort bleibt. Nur daß es dieses Mal, zumindest weniger als seither, kaum gelang, die Schuld — wie noch vor zwei Jahren — auf Libyen zu schieben.

Die überall herausgestellte „Einigung" mit der UGTT jedenfalls ist so überraschend nicht — die Gewerkschaftsführung der UGTT war von jeher in den letzten fast 20 Jahren ein Hebel von Bourgibas Neo-Destour-Partei. Und keineswegs immer repräsentativ für die Meinung der Arbeiterklasse...

### Özals Lügenkampagne

# Mehr ausländisches Kapital für die Türkei gefordert

### Druck auf den Europarat — Hoffnung auf die Bonner Regierung

**Der neue Ministerpräsident der Türkei, Turgut Özal, der aus den Kriegsrechtswahlen als Sieger hervorgegangen war, startete am vergangenen Wochenende eine Offensive, mit der er die angeblich normalen Verhältnisse in der Türkei international abschern will.**

Özal behauptete schlichtweg mit den Pseudowahlen des vergangenen Jahres sei die „Demokratie in der Türkei wiederhergestellt" und wollte von Massenprozessen, Folter, Mord und Zensur nichts hören. Im Gegenteil, alle solche Kritiken erschwerten nur den Weg der Türkei, die jetzt zwei Dinge brauche: Internationale Anerkennung, indem der Europarat endlich „die ungerechtfertigte" Haltung, Vertreter aus der Türkei aus der parlamentarischen Versammlung des Europarates auszuschließen aufgebe und indem verstärkt ausländisches Kapital ins Land komme. Dabei machte er keinen Hehl aus seiner Ansicht, daß insbesondere von der Bonner Regierung entgegenkommen erwartet wird.

Nun: Noch mehr ausländisches Kapital wird er wohl ohne weiteres bekommen. Denn Özals Wirtschaftspolitik war von jeher genau die, die der Internationale Währungsfonds für die Türkei forderte — so hat er sie als Wirtschaftsminister der Militärdiktatur betrieben, so betreibt er sie als Ministerpräsident der Militärdiktatur. Westeuropäische — und dabei in erster Linie bundesdeutsche — Kapitalgruppen haben schon viel dort investiert, eine solche Wirtschaftspolitik wird sie sicherlich dazu animieren, weiter so zu verfahren.

Und daß man in Bonn nicht abgeneigt ist, sich für die internationale Rehabilitierung des türkischen Regimes einzusetzen, ist bekannt. Der Ausschluß aus dem Europarat hatte den Diktatoren und ihrer „Demokratisierungsfarce" mehr geschadet, als zunächst angenommen wurde. Die Einstimmung dazu in den Zeitungen und im Fernsehen jedenfalls ist mit den großen Berichten über den angeblich überraschenden Wahlausgang bereits vorgenommen worden. Angesichts der Wirklichkeit in der Türkei bleibt die Losung: Weg mit der Junta und ihrer Pseudodemokratie, keine Unterstützung, keine Rehabilitierung des türkischen Regimes!

## 30. Januar 1984

# Widerstand!

**30. Januar, als Jahrestag der Machtübergabe an die Hitler-Faschisten traditionsgemäß Kampftag gegen Reaktion und Faschismus, in diesem Jahr auch: nationaler Widerstandstag gegen die Stationierung der amerikanischen Erstschlags-Atomraketen in unserem Land.** Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! — Die einigende Losung alle Antifaschisten nach dem 2. Weltkrieg als aktuelle Losung dieses Tages. Praktisch denkbar nur als Kampfansage gegen die Bonner Rechtsregierung, die Statthalter des Großkapitals. Denn die steuert einen Kurs nicht nur der Beseitigung bestimmter demokratischer Rechte, sondern fundamentaler Veränderungen, einen Kurs der Faschisierung, einen Kurs, an dessen Ende ein neues '33 stehen kann, wenn wir das Ruder nicht herumreißen. Und sie steuert einen Kurs der Militarisierung, der konventionellen und atomaren Hochrüstung, der die Menschen unseres Landes und der Welt in den Strudel eines unvorstellbar grausamen Krieges hineinreißen kann.

Dagegen leisten wir Widerstand. Schon den Gedanken daran möchte man in Bonn kriminalisieren, und doch muß gerade dieser Gedanke auch bei den Demonstrationen des 30. Januar deutlich sichtbare Formen annehmen.

1984. Das Jahr, in dem die eingeleitete „Wende" endlich vollständig vollzogen werden soll. Das forderten die maßgeblichen Sprecher der Industrie zum Jahreswechsel unüberhörbar. Das heißt: Das Ausmaß und die Schnelligkeit des sozialen Kahlschlags, der bereits eingeleitet wurde, reicht ihnen nicht. Und sie wollen die Kraft des Widerstandes gegen diesen Kahlschlag brechen: Die Kraft der organisierten Arbeiterschaft. Streik- und Tarifrecht stören sie. Der für die Arbeiterklasse so außerordentlich wichtige Kampf um die 35-Stunden-Woche wird von ihnen mit allen Mitteln verteufelt, der Bundeskanzler selbst macht sich auch hier zu ihrem Sprachrohr. Die Peitsche für die Kampfbereiten, die heute bereits auf den Tisch gelegt wurde, heißt: Aussperrung. So wird die politische Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung als wichtiger Bestandteil demokratischen Kampfes in diesem Jahr besondere Aktualität erlangen.

1984. Das Jahr, in dem die „Endlösung" der Ausländerfrage eingeleitet werden soll. Nein, es gibt keine Konzentrationslager in der Bundesrepublik, gemessen am Beispiel der Nazis. Aber was es demnächst geben soll, ist eine Ausländervertreibung großen Stils. Was danach kommt, was dabei begleitend geschieht, ist noch nicht formuliert. Im Frühjahr soll die von Zimmermann geforderte reaktionäre Neufassung des Ausländerrechts Gesetz werden. Familien sollen auseinandergerissen werden. Zwei Millionen Ausländer sollen in den nächsten Jahren aus dem Land. Das Asylrecht wird endgültig zur zynischen Farce degradiert. Reaktionäre Ausländerpolitik und Ausländerhetze helfen, die Arbeiterklasse zu spalten. Was wir für unseren Kampf brauchen, ist Solidarität und Einigkeit. Zimmermanns Pläne müssen gestoppt werden!

1984. Was ist mit den Neonazis? Man denkt an sie gerade, wenn es um Ausländerfeindlichkeit geht. Im letzten Jahr machten sie wöchentlich von sich reden, sammelten sich bundesweit. Dann wurde die ANS/NA verboten. Aber der Spuk ist nicht vorbei. Die Nazis sind auf freiem Fuß, die meisten Organisationen bestehen weiter. Und: Das Klima, in dem sie so gut gedeihen, besteht fort und wird für sie noch besser. Zimmermann wollte sich mit dem Verbot der ANS auch ein Alibi verschaffen und den Antifaschisten Sand in die Augen streuen. Wir aber müssen einhaken bei dem Verbot — wir wollen, daß alle Nazi-Organisationen und entsprechende Propaganda verboten, die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden!

1984. Für viele als „Orwell-Jahr" Stichwort für den Kampf gegen den Überwachungsstaat. Der computerlesbare Personalausweis droht.

Das sind einige Stichworte für reaktionäre Entwicklung, die Widerstand herausfordert.

1984: Das Jahr der Raketenstationierung. Die ersten Pershings stehen abschußbereit. Ein großer Schwung soll dieses Jahr kommen. Wir wollen sie nicht haben. Die hier sind, müssen wieder weg. Und wir müssen raus aus der NATO, dem für uns auch todbringenden Kriegsbündnis.

30. Januar 1984: Gründe mehr als genug, im Zeichen des Widerstandes auf die Straße zu gehen. Ein Kampftag als Auftakt für ein kämpferisches Jahr.

## Korrespondenz aus Hamburg

# Ein Gesinnungsurteil wird vollstreckt

Rund 400 Freunde und Gewerkschaftskollegen begleiteten am 6. Januar den IGM-Bildungssekretär Hermann Gaßmann zum Haftantritt in Hamburg-Fuhlsbüttel. Nachdem der Bundesgerichtshof den Revisionsantrag seiner Verteidiger als „offensichtlich unbegründet" zurückgewiesen hat, wird jetzt ein empörendes Urteil vollstreckt.

Am 25.2.83 war Hermann vom Hamburger Oberlandesgericht zu 2 1/2 Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt worden — wegen angeblicher geheimdienstlicher Tätigkeit. Alles, was ihm „nachgewiesen" werden konnte, waren häufige Besuche bei einem Freund in Ostberlin. Während die Reaktionäre ansonsten den hohen Wert der Kontakte zu den Menschen „im anderen Teil Deutschlands" preisen, wird in diesem Fall von Verfassungsschutz und BND eine Agentenlegende konstruiert. Radio und Fotoapparat — in fast jedem Haushalt vorhanden — werden da zu höchst gefährlichen Spionagegeräten.

Weil Hermann den Freund nur mit Vornamen benennt und sich weigert, minutiös Rechenschaft über den Inhalt ihrer Gespräche abzulegen, wird er verurteilt. Möglich wird das durch den skandalösen § 99, der eine Verurteilung ohne Beweis über einen tatsächlichen Geheimnisverrat oder den konkreten Versuch dazu zuläßt. Allein die „Bereitschaft", gegenüber einem — auch nur angenommenen — Mittelsmann eines anderen Geheimdienstes dies zu tun, ist strafbar.

Hamburg ist eine der Hochburgen der Rüstungsproduktion. Zwangsläufig hat da ein IGM-Bildungssekretär in seiner Arbeit viel Kontakte zu Kollegen aus Rüstungsbetrieben. Aber nicht allein daß, sondern wie Hermann gewerkschaftlich aktiv war, erregte — im Urteil ausdrücklich aufgeführten — richterlichen Unwillen. Daß er sich eindeutig für die Interessen der Arbeiter und Angestellten, für kämpferische Gewerkschaften und gegen die Sozialpartnerschaft aussprach, daß er sich dazu noch offen für die Friedensbewegung engagierte, das war der Stein des Anstoßes. Wer gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, gegen Raketen und Rüstung agitiert, untergräbt „unseren" Staat, der muß natürlich zum „Geheimnisverrat an den Feind im Osten" bereit sein.

Ein fortschrittlicher und aktiver Gewerkschafter soll kaltgestellt werden. Zunehmend weht in der Zeit der Krise und der Wende ein schärferer Wind aus den Gerichten. Häufiger werden Urteile gegen die gewerkschaftlichen und sozialen Rechte der Arbeitnehmer gefällt im Interesse des „Allgemeinwohls". Gewerkschaftliche Tätigkeit wird beschnitten, ja sogar kriminalisiert. Dieser Entwicklung offensiv entgegenzutreten, wäre nicht nur eine wichtige, sondern fast schon eine lebensnotwendige Aufgabe für die IGM. Aber: nach wie vor wird auch in diesem konkreten Fall von der Gewerkschaftsführung so getan, als hätten Richter allein etwas mit Gerechtigkeit zu tun.

Weder in Worten noch in Taten kam bislang eine eindeutige Stellungnahme gegen dieses empörende Urteil von den IGM-Vorständen. Kein offizieller Vertreter begleitete den Solidaritätsmarsch zum Knast. Hermann muß als IGM-Bildungssekretär der Ortsverwaltung durchgehend weiterbeschäftigt werden! Diese Forderung von Familie und Freunden, vom Solidaritätskreis aus Mitgliedern verschiedener Gewerkschaften und auch von mehreren IGM-Vertrauenskörpern ist bislang vom IGM-Vorstand noch nicht erfüllt. Neben der persönlichen Solidarität durch Briefe in den Knast, (wir werden die Anschrift noch mitteilen), und der Schaffung einer breiten Öffentlichkeit gilt es, diese Forderung aktiv bei der IGM zu unterstützen.

„Hermann, sieh zu, daß du drinnen einen Raum kriegst, dann machen wir hier gewerkschaftliche Bildungsarbeit", so forderte einer der Begleitenden ihn vor dem Knast in Fuhlsbüttel auf. Diese zur Aufmunterung gedachten Worte erhielten einen erschreckenden Bezug durch eine kleine Tafel am Eingang zur Haftanstalt Fuhlsbüttel. Vor fünfzig Jahren waren hier schon einmal viele Gewerkschafter hinter diesen Mauern — ein Teil von der Haftanstalt war ein KZ der Nazis. Hier wurden nach der Zerschlagung des ADGB am 2. Mai 33 Hamburger Gewerkschafter eingekerkert, gefoltert und ermordet.

Und noch einen Ausschnitt der politischen und juristischen Wirklichkeit in der BRD des Jahres 83/84 wurde kraß durch ein von Zimmerleuten getragenes Transparent beleuchtet. „Zimmerleute fordern: Lambsdorff rein — Hermann raus", stand drauf. Bis das in allen Teilen erreicht ist, wird nicht nur eine Menge Solidarität nötig sein, sondern auch ein Haufen von unten nach oben gekrempelt werden müssen.

Rotfront
Jörg

## NACHGEFRAGT (2)

# *Was ist eigentlich Eigenkapital?*

**In der ersten Folge unserer neuen Roter-Morgen-Rubrik „Nachgefragt" hatten wir uns bereits mit dem „Eigenkapital" befaßt. Wir hatten dort nachgewiesen, daß bei genauer Betrachtung der Passivseite der Bilanzen der 766 Aktiengesellschaften des produzierenden Gewerbes in der BRD (also jenes Teils der Bilanz, in dem die Zusammensetzung des verfügbaren Kapitals aufgeschlüsselt wird — besser gesagt: werden sollte) sich eine Quote von 53 Prozent Eigenkapital am Gesamtkapital für 1981 feststellen läßt. Steht dies schon in deutlichem Gegensatz zu den Propagandabehauptungen mangelnden Eigenkapitals — eine Behauptung, die stets mit einer angeblichen Quote von stark 25 Prozent operiert — so wird dieser Sachverhalt bei einer Betrachtung der Aktivseite der Bilanz (die über die konkrete Verwendung des Kapitals Auskunft gibt) noch viel deutlicher. Eben dieser Aktivseite der Bilanz wollen wir uns in diesem zweiten, abschließenden Teil des „Eigenkapitals — Nachgefragt" widmen.**

Die Aktivseite der Bilanz besteht aus drei Hauptpositionen: Sachanlagevermögen, Finanzanlagen und Umlaufvermögen.

Dabei drückt das sogenannte Sachanlagevermögen im wesentlichen das fixe Kapital aus, also Maschinen, Bauten, Ausrüstungen. Finanzanlagen sind verschiedenste Posten, vor allem solche, wie Beteiligungen an anderen Firmen. Umlaufvermögen schließlich sind von Warenlagern bis ausstehenden Rechnungseinnahmen und kurzfristigen Bankguthaben alle jene Posten, die aus der Betätigung der Firma sich kurzfristig ergeben.

Dabei wird dieses Umlaufvermögen nach dem „Niederstwert"-Prinzip bilanziert, also je nach dem, was niedriger ist: der real bezahlte Anschaffungs- bzw. Herstellungspreis oder im anderen Fall, wenn er niedriger ist, der Wiederbeschaffungspreis. Dieser Teil dürfte derjenige sein, der vom gesamten Bilanzwesen der Wirklichkeit am nächsten kommt, da die durchschnittliche Umschlagzeit im untersuchten produzierenden Gewerbe etwa bei einem Vierteljahr liegt — ein Zeitraum, bei dem keine allzu großen Preisveränderungen eintreten dürften.

Eine große Manipulationsquelle dagegen besteht im Posten „Anlagevermögen". In der Bilanz eines kapitalistischen Betriebes tauchen für die Bewertung von Maschinen, Bauten und so weiter lediglich die einst bezahlten Anschaffungspreise auf (bezüglich der getätigten — und in der Regel stark überhöhten — Abschreibungen auf diesen Preis). Da hier aber natürlicherweise die Umschlagzeit viel länger ist, bei Bauten mehrere Jahrzehnte, bei Maschinen mindestens eine Reihe von Jahren, ergibt sich durch die Geldentwertung in Wirklichkeit nicht nur eine Abnutzung, sondern auf der anderen Seite auch eine Wertsteigerung dieser Anlagen. Der Preis einer gebraucht verkauften Maschine als Beispiel kann durchaus höher liegen als einst ihr Neueinkaufspreis gewesen war — um nur ein ganz einfaches Beispiel zu nennen. Viele Beispiele des Verkaufs ganzer alter Anlagen beispielsweise in unterentwickelte Länder zu maßlosen Preisen hat es in den letzten Jahren gegeben, um dies etwas klarzumachen. Von Interesse ist hier natürlich auch die Tatsache, daß ein Konkurrent, der dieselbe Maschine wenig später kauft, einen höheren Preis bezahlen muß usw.

Am offensten manipuliert aber wird im dritten Teil, der die Finanzanlagen eines Unternehmens betrifft. Um den bekanntesten Fall als Beispiel zu nehmen: Flicks Daimler-Aktien. Es ist bekannt, daß die verkauften 29 Prozent der Daimler-Aktien des Flicks die Summe von 1,9 Milliarden DM einbrachte, was auch keineswegs überraschend war. Daß der Verkauf dieses Aktienpakets eine Summe dieser Größenordnung ergeben würde, war in der Wirtschaftspresse schon lange vorher bekanntgemacht worden. Nur: In der Flick-Bilanz waren diese Aktien noch nicht einmal nach ihrem Nennwert berechnet. Der hätte 345 Millionen DM betragen. Aufgrund steuerlicher Abzüge und anderer Manipulationen aber gab Flick (seine Konzernzentrale) den Wert eben dieses dann verkauften Aktienpakets gerade eben mit 210 Millionen DM an. Das heißt, daß Flick zu jenem Zeitpunkt seiner letzten Bilanz über rund 1,8 Milliarden DM mehr besaß, als er angab, daß die Finanzanlagen seiner GmbH allein durch diesen einen Posten maßlos nach unten verzerrt wurden.

Diese Art der Bilanzierung führt nicht nur zu einer erheblich verkleinerten Summe von Sachanlagekapital und Finanzanlagen, sondern auch zu einer — im Vergleich zur Wirklichkeit — wesentlich tiefer ausgewiesenen Gesamthöhe des Kapitals, also folglich auch des Eigenkapitalanteils.

Im Ergebnis wächst das Sachanlagenkapital in der Zeitspanne von 1969 bis 1981 nach der offiziellen Bilanz um 41,4 Prozent, während es nach einer Berechnung zu Wiederbeschaffungspreisen um 150 Prozent anwuchs.

Die Gesamtsumme der „stillen Reserven", die sich aus den Posten Sachanlagekapital und Finanzanlagen ergibt, stieg von rund 68 Milliarden 1969 auf über 344 Milliarden 1981, d.h. rund das Fünffache. Ihr Anteil am Gesamtkapital stieg dabei im selben Zeitraum von etwa einem Viertel auf über 43 Prozent.

Zusammenfassend ergibt sich, daß die Bilanzierung zu einer totalen Verzerrung der Wirklichkeit führt. Im ersten Teil dieser Darstellung hatten wir bereits nachgewiesen, wie die wirkliche Zusammensetzung des ausgewiesenen Kapitals (auf der Passivseite der Bilanz) aussieht. Rechnet man jetzt noch die ständig wachsende Summe der „stillen Reserven", die es im gesamten Bilanzwesen überhaupt nicht gibt, deren Existenz einfach „nicht zur Kenntnis" genommen wird, hinzu (und vergleicht es mit jenen Teilen der sogenannten Verbindlichkeiten, die wirklich Fremdkredite sind), so kommt man zu dem Ergebnis, daß in unserem Zeitraum von 12 Jahren das tatsächliche Eigenkapital der Unternehmen auf bis fast 80 Prozent angewachsen ist. Im übrigen zeigt auch ein Vergleich mit anderen kapitalistischen Staaten, daß dort ähnlich verfahren wird, und daß die so vielbeschworene Eigenkapitalquote nichts aussagt: In Japan gab es angeblich noch nie eine höhere Eigenkapitalquote als 15 Prozent.

Womit nicht nur diese Behauptung widerlegt wäre, daß erst mal mehr Eigenkapital ran muß, sondern auch deutlich geworden ist, daß die Krise eben nicht aus Kapitalmangel, sondern, wie es schon Karl Marx analysierte, aus Kapitalüberschuß entsteht.

**Gegen die massive Kampagne der Unternehmer gegen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gibt die Partei die hier abgedruckten Flugblätter heraus. Sie setzen sich mit den zentralen Unternehmer-Argumenten auseinander und sind ab 16. Januar erhältlich.**

*Unternehmer-Argumente gegen die 35-Stunden-Woche auf dem Prüfstand:*

# Diese Rechnung stimmt nicht!

**Die Unternehmer und die Bundesregierung behaupten:** Die Wirtschaft wächst. Die Unternehmergewinne steigen. Der Aufschwung setzt ein. Die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde den Aufschwung zerstören. Folge: noch mehr Arbeitslose.

Wahr ist:

- 1983 nahm die Produktion zu; 1983 stiegen die Unternehmergewinne um 12 Prozent.
- **Aber die Zahl der Arbeitsplätze sank 1983 um weitere 460000.**

Hohe Unternehmergewinne = mehr Investitionen = mehr Arbeitsplätze. Diese Rechnung stimmt nicht. Die Kapitalisten benutzen die Riesengewinne nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Wenn sie investieren, dann vor allem, um Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Dafür schustert Bonn ihnen Milliarden zu.

## Wer dem Aufschwung vertraut, hat auf Sand gebaut!

Dahin wird der Selbstlauf der kapitalistischen „freien Marktwirtschaft" führen:

- Erweiterter Einsatz von Mikroelektronik, Industrierobotern usw. Diese Rationalisierung wird immer mehr Arbeitsplätze vernichten.
- In den Krisenbranchen wie Stahl, Werften, Bergbau werden die Kahlschlagsanierungen rücksichtslos weitergehen.
- 1986/87 steht ein neuer Kriseneinbruch ins Haus.

Das bedeutet: **Anstieg der Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auf über 5 Millionen.** Wer die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ablehnt, nimmt diese Entwicklung in Kauf.

## Diese Rechnung stimmt!

Von 1960 bis 1980 haben sich die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auf 284 Milliarden jährlich nahezu vervierfacht. 1983 haben die Profite eine neue Rekordhöhe erreicht.

**Deshalb können die Unternehmer auch die Kosten für die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bezahlen.**

Rein rechnerisch entspricht die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in der gesamten Wirtschaft um 5 Stunden etwa 2,8 Millionen Arbeitsplätzen. In der Praxis werden die Unternehmer versuchen, Neueinstellungen möglichst zu umgehen. Bisherige Erfahrungen mit Arbeitszeitverkürzungen aber zeigen: rund 50 Prozent der rechnerischen Wirkung schlagen sich tatsächlich in Neueinstellungen nieder.

**Die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde**

- **bestehende Arbeitsplätze sicherer machen;**
- **1,4 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen.**

Deshalb brauchen wir die

**35 Stundenwoche bei vollem Lohn**

***Weniger Arbeitslosigkeit, mehr Sicherheit, mehr Freizeit — eben am besten für uns!***

Weitere Informationen zur 35-Stunden-Woche, Informationen über die KPD und ihre Ziele bei: KPD, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Hier kann man die Wochenzeitung der KPD, Roter Morgen, kostenlos kennenlernen und natürlich auch Mitglied der KPD werden.
V.i.S.d.P.: H.-D. Koch, c/o KPD, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Eigendruck/Selbstverlag

**KPD**

*Unternehmer-Argumente gegen die 35-Stunden-Woche auf dem Prüfstand:*

# Exportboom durch Arbeitslosigkeit?

**Die Unternehmer und die Bundesregierung behaupten:** schon jetzt gefährden die hohen Löhne die internationale Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft. Die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde den Export endgültig ruinieren.

**Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache:**

- In den letzten drei Jahren sind die Reallöhne in Westdeutschland um 7 Prozent gesunken.
- Der Anteil der Löhne an den Produktionskosten der Waren ist 1982 im Durchschnitt der Industrieländer um 8 Prozent gestiegen. Bei uns aber nur um knapp 3 Prozent. Auch in Japan sind diese Lohnstückkosten keineswegs niedriger als bei uns.
- Die wöchentliche Arbeitszeit bei uns liegt wesentlich über dem Durchschnitt der Industrieländer. In folgenden Ländern liegt die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit niedriger als bei uns: Niederland, Japan, Frankreich, Italien, USA, Kanada, Schweden, Belgien, Österreich.
- Bei voller Durchsetzung der 35-Stunden-Woche mit **vollem** Lohnausgleich sind die Auswirkungen auf die Exportpreise westdeutscher Waren denkbar gering. Schon relativ geringfügige Änderungen in den internationalen Wechselkursen wirken sich stärker auf die Exportpreise westdeutscher Waren aus.
- Gerade in den letzten Jahren erlebte die westdeutsche Wirtschaft einen großen Exportboom. Der westdeutsche Außenhandelsüberschuß stieg von 8,9 Milliarden DM 1980 auf 51,2 Milliarden DM 1982.

## Wir haben die Exporterfolge der Konzerne mit Reallohnabbau, Leistungsverdichtung und Arbeitslosigkeit bezahlt! So kann es nicht weitergehen!

Wie die Haie um die Beute kämpfen die Konzerne weltweit um Marktanteile und Profit. Die westdeutschen Kapitalisten wollen den Sieg — auf unsere Kosten. Die Kehrseite ihrer aggressiven Exportstrategie heißt für uns: verschärfte Ausbeutung, Reallohnabbau, gesteigerte Arbeitshetze, Arbeitslosigkeit.

Für den Konkurrenzkampf der Monopole lassen wir uns nicht einspannen. Dagegen setzen wir die internationale Gewerkschaftssolidarität im Kampf für die 35-Stunden-Woche.

**Wenn wir die Unternehmer einfach unternehmen lassen, haben wir in einigen Jahren über fünf Millionen Arbeitslose.** Wir brauchen die

**35 Stundenwoche bei vollem Lohn**

***Weniger Arbeitslosigkeit, mehr Sicherheit, mehr Freizeit — eben am besten für uns!***

Weitere Informationen zur 35-Stunden-Woche, Informationen über die KPD und ihre Ziele bei: KPD, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Hier kann man die Wochenzeitung der KPD, Roter Morgen, kostenlos kennenlernen und natürlich auch Mitglied der KPD werden.
V.i.S.d.P.: H.-D. Koch, c/o KPD, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Eigendruck/Selbstverlag

**KPD**

*Unternehmer-Argumente gegen die 35-Stunden-Woche auf dem Prüfstand:*

# Mehr Arbeitshetze, weniger Arbeitsplätze

**Unternehmervorschläge „gegen" Arbeitslosigkeit**

**Die Unternehmer behaupten:** stur und unbeweglich hält die IG Metall an der Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich fest. Sie weigert sich auf die alternativen Angebote der Unternehmer einzugehen: Flexible Arbeitszeit, mehr Teilzeitarbeit, Frührente.

**Wahr ist:**

- Bisherige Erfahrungen mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit belegen: die Arbeitszeit soll noch besser an die Stoßzeiten des Arbeitsanfalls angepaßt werden. **Ergebnis: mehr Arbeitshetze, weniger Arbeitsplätze.**
- Vor allem Frauen mit Kindern suchen Teilzeitarbeit. Die Unternehmer wollen aber keine neuen Teilzeitarbeitsplätze schaffen. Sie wollen vor allem Vollarbeitsplätze in Teilzeitarbeitsplätze umwandeln. **Das Problem der Arbeitslosigkeit würde verschärft. Wahrscheinlich wären wiederum Frauen besonders betroffen.**
- Mit ihrer Forderung nach flexibler Arbeitszeit und Ausweitung der Teilzeitarbeit wollen die Unternehmer die einheitliche Regelung der Arbeitszeit in Tarifverträgen untergraben. **Dann wäre der einzelne schutzlos der unternehmerischen Willkür ausgeliefert.**

## Senkung des Rentenalters — notwendig, aber keine Alternative zur 35-Stunden-Woche

**Zum Abbau der Arbeitslosigkeit aber kann die Senkung des Rentenalters nur wenig beitragen.** Selbst die Unternehmer sprechen nur in Größenordnungen von einigen Zehntausend. In Krisenbranchen wie der Stahlindustrie oder dem Steinkohlebergbau gibt es praktisch ohnehin keine Kolleginnen und Kollegen über 55 Jahre mehr.

## Die Unternehmer verdienen an der Arbeitslosigkeit

Das sogenannte Angebotspaket der Unternehmer läuft auf die Verschärfung der Arbeitslosigkeit hinaus und nicht auf ihren Abbau. Die Kapitalisten wollen nichts gegen die Arbeitslosigkeit tun. Sie verdienen daran.

Jeder Arbeitsplatz, den sie wegrationalisieren, bedeutet für sie mehr Profit. Je größer das Heer der Arbeitslosen, desto größer die Möglichkeit der Unternehmer zum Lohnabbau, zur Verschärfung der Arbeitshetze, zum betrieblichen Sozialabbau.

**Wenn wir die Unternehmer einfach unternehmen lassen, haben wir in einige Jahren über 5 Millionen Arbeitslose.** Wir brauchen die

**35 Stundenwoche bei vollem Lohn**

***Weniger Arbeitslosigkeit, mehr Sicherheit, mehr Freizeit — eben am besten für uns!***

Weitere Informationen zur 35-Stunden-Woche, Informationen über die KPD und ihre Ziele bei: KPD, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Hier kann man die Wochenzeitung der KPD, Roter Morgen, kostenlos kennenlernen und natürlich auch Mitglied der KPD werden.
V.i.S.d.P.: H.-D. Koch, c/o KPD, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Eigendruck/Selbstverlag

**KPD**

*Unternehmer-Argumente gegen die 35-Stunden-Woche auf dem Prüfstand:*

# Der Dieb schreit: Haltet den Dieb!

Konzerne und Banken ruinieren die kleineren und mittleren Unternehmen. Die Großen fressen die Kleinen — ein Grundsatz der sogenannten freien Marktwirtschaft.

Die Kleinen können nicht mehr mithalten. Die Großkonzerne produzieren mit modernster Technologie in hohen Stückzahlen billiger. Die Banken verlangen hohe Zinsen und drehen schließlich den Kredithahn zu. Ergebnis: Pleiten. Im letzten Jahr über 15000. Folge:

## Hunderttausende Arbeitsplätze wurden vernichtet!

**Die Unternehmer behaupten:** Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35-Stunden bei vollem Lohnausgleich wird eine große Zahl kleiner und mittlerer Betriebe ruinieren. Die hohen Lohnkosten sind ohnehin schon die Hauptursache für die vielen Konkurse und Betriebsschließungen.

**Tatsache ist:** In den letzten drei Jahren sanken die Löhne und Gehälter real um 7 Prozent. Sinkende Reallöhne, aber die Zahl der Pleiten stieg weiter und weiter. **Nicht die Löhne sind schuld, sondern der erbarmungslose Konkurrenzkampf der Großen gegen die Kleinen.**

Die Unternehmerpropaganda bedient sich eines billigen Tricks. Ähnlich wie der Dieb auf der Flucht, der, um von sich abzulenken, lauthals „Haltet den Dieb!" schreit.

## Erpresser am Werk!

Natürlich gibt es kleine Unternehmen, denen das Wasser bis zum Hals steht. Darunter möglicherweise auch solche, die überhaupt keine Kostensteigerung mehr verkraften können. Noch nicht einmal die Kosten, die bei einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um fünf Stunden auftreten würden.

Diese knapp vor dem Ruin stehenden Unternehmen und die bei ihnen Beschäftigten werden von den Unternehmerverbänden sozusagen als Geiseln genommen. **Erpreßt werden sollen die Gewerkschaften. Sie sollen die Forderung nach Sicherung von Millionen Arbeitsplätzen, nach Schaffung von 1,4 Millionen Arbeitsplätzen preisgeben.** Das würde nämlich der Verzicht auf die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich praktisch bedeuten.

Das kann nicht hingenommen werden.

**Wenn wir die Unternehmer einfach unternehmen lassen, haben wir in einigen Jahren über 5 Millionen Arbeitslose.** Wir brauchen die

**35 Stundenwoche bei vollem Lohn**

***Weniger Arbeitslosigkeit, mehr Sicherheit, mehr Freizeit — eben am besten für uns!***

Weitere Informationen zur 35-Stunden-Woche, Informationen über die KPD und ihre Ziele bei: KPD, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Hier kann man die Wochenzeitung der KPD, Roter Morgen, kostenlos kennenlernen und natürlich auch Mitglied der KPD werden.
V.i.S.d.P.: H.-D. Koch, c/o KPD, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Eigendruck/Selbstverlag

**KPD**

Aus dieser Dokumentation soll deutlich werden, welche Ziele und Vorstellungen wir als Betriebsgruppe „Frischer Wind" von aktiver Gewerkschaftsarbeit und Betriebsratsarbeit, orientiert an den Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen, haben.

Bei der letzten Betriebsratswahl 1981 forderten einige aktive Gewerkschafter eine demokratische Betriebsratswahl, bei der die gesamte Mitgliedschaft der Gewerkschaft ihre Kandidaten direkt aufstellen kann. Da die Gewerkschaft Leder jedoch diesen Vorschlag trotz Unterschriftenliste ablehnte, sahen wir uns gezwungen, unter dem Namen „Frischer Wind" eine eigene Liste mit folgender Begründung einzureichen:

*„Kollegen, die sich verschärfende wirtschaftliche Krise greift zunehmend auch auf die Freudenberg-Betriebe über. Daraus ergeben sich verstärkte Angriffe seitens der Firmenleitung auf unsere Lebens- und Arbeitsverhältnisse, wie folgende Beispiele zeigen: Arbeitsplatzvernichtung im Heliawerk, Kurzarbeit im Norawerk, Verlagerung erheblicher Betriebsteile in sogenannte Billiglohnländer, Verschärfung des Akkords.*

*Kollegen, was wir in dieser Situation brauchen, sind aktive Betriebsräte, die kompromißlos um jeden Arbeitsplatz kämpfen, keiner Entlassung zustimmen, die in jedem Konflikt mit aller Kraft die gerechten Forderungen der Kollegen unterstützen."*

Auf dieser Grundlage sind sieben von neuen Kollegen aus unserer Liste in den Betriebsrat gewählt worden (34 Prozent der gewerblichen Kollegen).

Wir sind der Meinung, daß jeder Betriebsrat sich von seinen Kolleginnen und Kollegen an dieser Zielsetzung messen lassen müßte. Dazu gehört aber auch eine offene Auseinandersetzung über die verschiedenen Vorstellungen von den Aufgaben des BR und der Gewerkschaft. Es geht nicht an, daß man aktive Kollegen, die der sozialpartnerschaftlichen Parole („Wir sitzen doch alle im gleichen Boot") eine deutliche Absage erteilen, versucht, durch Drohungen und Ausschlußverfahren mundtot zu machen.

Vier von uns sind inzwischen aus der Gewerkschaft Leder wegen „gewerkschaftsschädigendem" Verhalten ausgeschlossen. Darüber hinaus betreibt die BR-Führung, die gleichzeitig den Ortsvorstand der Gewerkschaft Leder in Weinheim repräsentiert, ein Ausschlußverfahren gegen ein BR-Mitglied unserer Liste aus dem Betriebsrat. Beim 1. Termin vor dem Arbeitsgericht Mannheim am 19.9. wurde sogar vom Gericht vorgebracht, daß über den Verbleib des Kollegen im Betriebsrat die Kollegen der Firma Freudenberg bei der nächsten BR-Wahl 1984 am besten selbst entscheiden sollten.

Ein solches Vorgehen durch die Gewerkschafts- und BR-Führung soll nur dazu dienen, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen und bedeutet eine massive Einschüchterung für alle Kolleginnen und Kollegen, die sich aktiv für ihre Interessen und die ihrer Kollegen einsetzen.

Deshalb ist es notwendig, daß ihr uns solidarisch unterstützt, diese Informationen weiterverbreitet und innerhalb der Gewerkschaft diskutiert, damit aktive Kolleginnen und Kollegen (durch solche Machenschaften) nicht die Grundlage gewerkschaftlicher Arbeit zerstört wird.

Helmut Schmitt
Helmut Schmitt
Gerhard Schmitt
Sebastian Cano-Otero

**Dokumentation der Betriebsräte der Liste „Frischer Wind" bei Freudenberg/Weinheim über das Ausschlußverfahren gegen sie aus Gewerkschaft und Betriebsrat**

# Verfolgt, boykottiert, diffamiert ...

**Im November letzten Jahres erreichte uns diese Dokumentation der Betriebsräte vom „Frischen Wind" bei Freudenberg. Da stand uns nur noch wenig Raum in den Dezemberausgaben des Roten Morgen zur Verfügung, deshalb erst jetzt dieser Abdruck, den wir ausführlich gestalten wollten. Wir empfehlen jedem Leser, der näheres Interesse hat, sich die Broschüre (2,50 DM plus Porto) bei Gisela Schmitt, Neissestr. 24, 6148 Heppenheim zu bestellen. Wir drucken hier die Einleitung und den sich anschließenden „kurzen Überblick" ab, der unserer Meinung nach deutlich macht, daß die Gewerkschaft Leder in Weinheim, daß die Führung des Betriebsrates die Kollegen verfolgt, boykottiert und diffamiert, um zu verhindern, daß eine inhaltliche Debatte über Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit entsteht. Wir rufen unsere Leser zur Solidarität mit den Kollegen vom „Frischen Wind" auf.**

## Kurzer Überblick

Mit Datum vom 12. September 1983 wird den Kollegen vom „Frischer Wind" — darunter auch der Kollege H. Schmitt — vom Hauptvorstand der Gewerkschaft Leder mitgeteilt, daß ihr Ausscheiden aus der Gewerkschaft Leder wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten nunmehr beschlossen sei.

Am 9. August 1983 beschließt der Betriebsrat bei Freudenberg in seiner Mehrheit, gegen den „Frischer-Wind"-Betriebsrat H. Schmitt ein Ausschlußverfahren aus dem Betriebsrat beim Arbeitsgericht einzuleiten.

Dem Ausschlußantrag vorausgegangen sind zwei Abmahnungen der Unternehmensleitung gegen den Kollegen H. Schmitt wegen Teilnahme an den Abteilungsversammlungen, sowie wegen dort gemachter Äußerungen. Diese Äußerungen seien geeignet, das Unternehmen Freudenberg in Mißkredit zu bringen, sowie den Betriebsfrieden zu stören.

Die von der Firma, dem Betriebsrat und der Gewerkschaft Leder eingeleiteten Maßnahmen stellen den Höhepunkt einer Auseinandersetzung dar, wo es offensichtlich das gemeinsame Ziel ist, eine an den Belegschaftsinteressen orientierte Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit zu verhindern. Die vertrauensvolle, partnerschaftliche Zusammenarbeit, die durch Berichte und Aussagen des „Frischer Wind" massiv gestört wird, soll wieder ungehindert praktiziert werden können. Eine Zusammenarbeit, die für die Unternehmensleitung notwendig ist, um ihre gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten gerichtete Politik ohne größeren Widerstand durchziehen zu können. Daß sich dabei Gewerkschaft und Betriebsrat zum Erfüllungsgehilfen der Unternehmensleitung machen, ist ein gewerkschaftspolitischer Skandal, der den Widerstand und die Empörung eines jeden ehrlichen Gewerkschafters hervorrufen muß.

Zum Zwecke des Ausschlusses aus dem Betriebsrat wird dem Kollegen H. Schmitt von der Betriebsratsmehrheit vorgeworfen:

- daß er an den Abteilungsversammlungen teilgenommen hat;
- daß er sich gegen die Sozialpartnerschaft zum Vorteil des Unternehmens ausgesprochen hat;
- daß für ihn — gemäß seinem Wählerauftrag — die Vertretung und Durchsetzung der Belegschaftsinteressen absoluten Vorrang hat.

Im einzelnen wird ihm vorgeworfen, daß er die Kollegen darüber informierte

- daß bei den von der Firma Freudenberg durchgeführten Massenentlassungen der Betriebsrat seine rechtlichen Möglichkeiten, um gegen die Entlassungen vorzugehen, bei weitem nicht ausgeschöpft hat;
- daß die Firma Freudenberg bei den Kündigungen zu einem großen Teil die soziale Auswahl außer Acht gelassen hat;
- daß die Kündigungen hinter verschlossenen Türen, unter Ausschluß der Belegschaft und des „Frischer Wind" durchgezogen werden sollten;
- daß mit Sozialplänen (Abfindungen) allein die immer weiter fortschreitende Arbeitsplatzvernichtung nicht aufzuhalten ist, daß in der Konsequenz durch ausschließliches Erstellen von Sozialplänen die Arbeitsplätze lediglich mehr oder weniger teuer verkauft werden;

DOKUMENTATION
ZUM AUSSCHLUSSVERFAHREN
AUS GEWERKSCHAFT
UND BETRIEBSRAT

herausgegeben
von den Betriebsräten
der Liste 'Frischer Wind'
bei Freudenberg, Weinheim

Preis 2,50 DM

- daß die Fa. Freudenberg jüngere Handwerker vor die Alternative stellte: entweder, Du gehst in die Produktion oder Du kannst gehen!
- daß die SIPASS-Zugangskontrolle (computergesteuerte Torüberwachung) im Zusammenspiel mit der elektronischen Betriebsdatenerfassung zur allumfassenden Überwachung ausgebaut werden kann, daß Gegenwehr notwendig ist. Im gleichen Zusammenhang wurde auf die Telefondatenüberwachung bei Freudenberg eingegangen.

Auf einen Nenner gebracht habe der Kollege H. Schmitt sich grober Verletzungen seiner gesetzlichen Pflichten schuldig gemacht. Er habe mit seine Äußerungen den Betriebsrat diffamiert und dadurch den Betriebsfrieden ernsthaft gefährdet.

Die eingeleiteten Maßnahmen kommen nicht von ungefähr. Schon zu Anfang ihrer Betriebsratstätigkeit waren die „Frischer-Wind"-Betriebsräte den Willkürmaßnahmen Freudenbergs und der Betriebsratsführung ausgesetzt.

- So wurde gleich nach der BR-Wahl 1981 ein „Frischer-Wind"-BR gegen seinen Willen auf Antrag des BR-Vorsitzenden zwangsversetzt. Nur über eine Klage beim Arbeitsgericht konnte die Versetzung rückgängig gemacht werden.
- Wegen Teilnahme und Äußerungen auf Abteilungsversammlungen wurden die „Frischer-Wind"-BRs von der Unternehmensleitung mit Zustimmung des BR-Vorsitzenden Gassmann schriftlich verwarnt und bekamen Lohnabzug (eine gerichtliche Klärung ist zur Zeit anhängig).
- „Frischer-Wind"Brs wurde von der Betriebsleitung und der Betriebsratsführung verboten, Kollegen zu verteidigen, die ausdrücklich nach ihnen verlangt hatten. In einem Prozeß gegen die Fa. Freudenberg wurde das Recht der Kollegen auf einen Betriebsrat ihres Vertrauens gemäß §§ 82—84 BetrVG ausdrücklich bestätigt. Telefonanrufe von Kollegen wurden von der Betriebsleitung nicht an den „Frischer-Wind"-BR weitervermittelt.
- Aus „betrieblichen Gründen" wurde dem Kollegen H. Schmitt die Teilnahme an einem Lehrgang über Personalinformationssysteme verweigert.
- Redebeiträge des „Frischer Wind" wurden auf Belegschaftsversammlungen nicht zugelassen.
- Weil „Frischer-Wind"-BRs über geplante Rationalisierungsmaßnahmen, verbunden mit Arbeitsplatzvernichtung, informierten, wurde ihnen die Zusammenarbeit von der Betriebsleitung aufgekündigt, bzw. wurde in einem Fall ein Ausschlußverfahren aus dem Betriebsrat vom BR-Vorsitzenden angedroht.
- Das Einsichtsrecht in die Unterlagen des BR konnte nur über eine Klage beim Arbeitsgericht durchgesetzt werden.
- Dem spanischen „Frischer-Wind"-BR wurde von der BR-Führung das Recht abgesprochen, in Belegschaftsversammlungen in seiner Muttersprache die spanischen Kolleginnen und Kollegen zu informieren.
- Die Arbeit und die Sitzungen des Personalausschusses Arbeiter, dem auch der Kollege H. Schmitt angehört, wurden ohne BR-Beschluß eingestellt. Alle diesbezüglichen Probleme werden im Betriebsausschuß, dem kein „Frischer-Wind"-BR angehört, behandelt. Ein Antrag, der die Fortsetzung der Arbeit des Personalausschusses forderte, wurde von der BR-Mehrheit abgelehnt.

## „Frischer-Wind"-Bilanz

Allen diesen Einschüchterungsversuchen zum Trotz haben die Betriebsräte von der Liste „Frischer Wind" versucht, im Sinne der Kollegen tätig zu werden.

Folgende betriebliche Initiativen wurden ergriffen:

- Herausgabe eines „Frischer-Wind"-Infos für die Belegschaft, um über die BR-Arbeit und die anstehenden Probleme zu berichten bzw. zu informieren.
- Antrag zur Ablehnung der Essenspreiserhöhung.
- Antrag und Unterschriftensammlung zur Ablehnung des geplanten Betriebsurlaubs und der Brückentagsregelung.
- Antrag zur Verhinderung von Rationalisierungsmaßnahmen mit dem Ziel der Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsintensivierung durch die Beraterfirma „Frankfurter Institut", bzw. einer internen Kommission im Gemeinkostenbereich.
- Antrag zur Höherstufung der Frauen im „Freien".
- Antrag auf Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten bei den Massenentlassungen (z.B. Widerspruchsrecht, keine Abgruppierungen bei Versetzungen).
- Antrag auf Zahlung des vollen Lohnausgleichs durch die Fa. bei Kurzarbeit.
- Antrag zur generellen Ablehnung von Überstunden während der Massenentlassungen, insbesondere in den von Kündigungen betroffenen Bereichen.
- Ablehnung von Disziplinarmaßnahmen durch den Betriebsrat (Verwarnungen), die es dem Unternehmer erleichtern, spätere Maßnahmen (Kündigungen, Versetzungen) zu legitimieren.
- Antrag auf Ausgleichung der natürlichen Abgänge (Fluktuationsausgleich).
- Überprüfung von Akkordfestlegungen im „Ceeform" mit dem Ergebnis, daß den betroffenen Kollegen der fehlende Lohn nachgezahlt werden mußte.

Folgende gewerkschaftliche Initiativen wurden von den „Frischer-Wind"-Kollegen ergriffen:

- Diskussionsvorschläge und Anträge zur Aktivierung des Vertrauensleutekörpers und der gewerkschaftlichen Arbeit am Ort.
- Antrag auf Einleitung gewerkschaftlicher Gegenmaßnahmen bei den Massenentlassungen.
- Vorschlag eines gewerkschaftlichen Gegenkonzepts (z.B. Abbau der Überstunden, Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich)
- Unterstützung und Beteiligung an den DGB-Demonstrationen gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn in Stuttgart mit einem eigenen Aufruf.
- Anträge auf Durchführung von gewerkschaftlichen Schulungen (z.B. Arbeitskampf-Schulung, Lohnsysteme und ihre Anwendung usw.).
- Antrag auf aktive Beteiligung der Gewerkschaft auf den Belegschaftsversammlungen bei Freudenberg.

## Mehrheitsbilanz

Alle diese Initítiven wurden von der BR-Mehrheit, sowie dem Ortsvorstand der Gewerkschaft Leder, abgeblockt. Für die BR-Mehrheit, insbesondere die BR-Führung, war es offensichtlich wichtiger, den Anträgen der Unternehmensleitung gegen die Interessen der Kollegen zuzustimmen, z.B.:

- Erhöhung der Essenspreise;
- Betriebsurlaub und Brükkentagsregelung;
- Rationalisierungsmaßnahmen, resultierend aus der Tätigkeit des „Frankfurter Instituts" bzw. einer internen Rationalisierungskommission;
- Zustimmung zu Kündigung wegen Krankheit (Fehlzeiten);
- Nichtausschöpfen der rechtlichen Möglichkeiten bei den Massenentlassungen (z.B. Widerspruchsrecht, kein Widerspruch wegen Nichtbeachtens der sozialen Auswahl durch den Betrieb, kein Gegenkonzept);
- Zustimmung zu Überstunden, obwohl die betroffenen Kolleginnen die Verweigerung gefordert hatten;
- Unterschreiben von Verwarnungen, die der Betrieb gegen Kollegen ausgesprochen hat;
- Mißbräuchliche Weitergabe von Unterschriften, die die Kollegen zur Unterstützung des „Frischer-Wind"-BR H. Schmitt gesammelt hatten, an die Betriebsleitung zwecks Denunziation;
- Zustimmung zur Betreibung der SIPASS-Zugangskontrolle;
- Antrag der BR-Führung für Installierung von zusätzlichen Fernsehkameras an den Eingangstoren;
- Hinnahme der Vernichtung von Pförtnerarbeitsplätzen;
- Zustimmung zur Betreibung von elektronischen Betriebsdatenerfassungsgeräten (Kienzle-Schreiber);
- Zustimmung zur Telefondatenüberwachung;
- Nichteinhalten der vom Gesetz angegebenen vier Betriebsversammlungen im Jahr. Eine Betriebsversammlung und eine Abteilungsversammlung werden lediglich durchgeführt.

## Zwei Dokumente von historischer Bedeutung

*Die beiden auf dieser Seite wiedergegebenen Dokumente sind ihrer Entstehung nach durch beinahe 20 Jahre getrennt: „Sozialreform oder Revolution" von Rosa Luxemburg entstand im April 1899, „Die Krise in der USP" von Karl Liebknecht wurde auf dem Gründungsparteitag der KPD am 30. 12. 1918 gehalten. Was sie eint, ist der Kampf gegen den Opportunismus. Zunächst, zu Beginn noch auf mehr oder minder theoretischer Ebene, zwanzig Jahre später geprüft durch den imperialistischen Krieg und den Verrat an der Revolution. Manche Kräfte, die gerne Liebknecht und Luxemburg in Gegensatz zur Politik der KPD stellen wollen, können dies nur, wenn sie über solche klaren und eindeutigen Aussagen wie hier, bewußt hinwegsehen. Denn die Abrechnung Liebknechts vor allem gilt ja nicht den „Mehrheitssozialisten", den SPD-Führern à la Ebert und Scheidemann, sondern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der USP und ihren Haase, Barth und Genossen. Das Paktieren dieser linken Sozialdemokraten mit den immer offener reaktionär handelnden Rechten, dieser reale Pakt gegen die sozialistische Revolution, das war der Grund dafür, warum die revolutionäre Linke in der sozialistischen Bewegung ihre eigene Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands gründete.*

### Aus der Parteitagsrede zur Notwendigkeit der Gründung der KPD (Auszüge)

# Karl Liebknecht: Die Krisis der USP

Genossen! Die Politik des Kabinetts hat eine gerade, klare Linie vom ersten Tage an gehabt. Das war die Linie der Niederhaltung der sozialistischen Revolution, der Niederhaltung der revolutionären Strömung im Proletariat, der Wiederaufrichtung und Befestigung der kapitalistischen Klassenherrschaft. Vom ersten Tag an wurde die Heiligkeit des Privateigentums proklamiert. Sie stellten sich vor die Geldsäcke des großen Kapitals. Es wurde von der Regierung ein Feldzug inszeniert zur Beruhigung der Arbeiter, gegen Streikbewegungen, und es war ein unabhängiges Mitglied der Regierung, Barth, das sich herumschicken ließ von Ebert-Scheidemann als Wanderredner, überallhin, wo Unruhen in der Arbeiterschaft auszubrechen drohten, um die Arbeiterschaft zu beruhigen und [ihr] ihre Pflicht klarzumachen, still und ruhig unter dem Joche des Kapitalismus weiterzuschuften. Genossen! Es ist ein Mitglied der USP gewesen, das sich dazu hergegeben hat, mit Billigung aller Mitglieder des Kabinetts. Die Regierung hat sich damit nicht begnügt, sondern im Einverständnis mit den USP-Mitgliedern ist der ganze alte bürokratische Apparat wieder in seine Funktionen eingesetzt worden und damit den herrschenden Klassen eine ihrer stärksten Machtpositionen zurückgegeben worden. Es ist weiterhin mit Billigung der USP-Mitglieder die Kommandogewalt wiederhergestellt worden und damit den gegenrevolutionären Offizieren das Schwert in die Hand gedrückt worden, um die Revolution niederzuschlagen. Es wurde von der Regierung unter der Hand und öffentlich alles getan, um die herrschenden Klassen und die Klassenherrschaft wieder fest in den Sattel zu setzen, und nichts wurde dagegen von den Haase und Genossen getan, wohl aber vieles dafür getan. Wir brauchen uns nur die Vorgänge vom 6. Dezember zu vergegenwärtigen: das Blutbad, der Versuch, ein Präsidium Ebert zu schaffen. Alle die Ereignisse vom 6. Dezember, sie sind veranlaßt durch die Politik des Kabinetts in seiner Gesamtheit. Es kann kein Zweifel obwalten, daß mindestens die Mitglieder Ebert, Scheidemann, Landsberg Mitwisser des Putsches waren, wenn nicht seine Organisatoren. Es waren Dinge, die die Spatzen von den Dächern pfiffen, die dokumentarisch bewiesen werden konnten. Die Haase und Genossen blieben im Kabinett.

Es kam der Rätekongreß. Auf dem Rätekongreß wurden die reaktionärsten Beschlüsse gefaßt unter Mitwirkung der unabhängigen Mitglieder. Auf dem Rätekongreß wurde der Zentralrat zu einer Marionette herabgewürdigt, ohne daß die Unabhängigen die Folgerung daraus zogen, aus dem Kabinett auszutreten. Es war die Frage Nationalversammlung oder Rätesystem. In dieser Frage kann es Meinungsverschiedenheiten nicht geben in einer proletarischen Partei. Hier scheiden sich die Wege schlechthin. Rätesystem heißt Diktatur des Proletariats, heißt alle Macht in den Händen des Proletariats zur Durchführung der sozialen Revolution, der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Nationalversammlung heißt Wiederherstellung des bürgerlichen Parlamentarismus, Wiedereinsetzung der Klassenherrschaft, Erdrosselung der sozialen Revolution. Das ist eindeutig. Aber unter Schändung des Wortes Demokratie wurde von der großen Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokratie die Nationalversammlung propagiert und das Rätesystem, die Parole: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten, bekämpft. Das war Hochverrat an der Revolution. Und dieser Hochverrat wurde vollendet auf dem Rätekongreß.

Genossen! Es wurde längst vor dem Rätekongreß die Forderung erhoben, daß über diese wichtige Frage, Nationalversammlung oder Rätesystem, daß über die ganzen Fragen der inneren Politik ein Parteitag bestimmen soll. Es war nicht möglich, einen Parteitag zusammenzubringen. Es wurde von den zuständigen Instanzen schlechterdings abgelehnt, einen Parteitag zusammenzuberufen.

Genossen! Aus der ganzen Politik, die ich eben gekennzeichnet habe, erwuchs eine Verwirrung in den Arbeitermassen, erwuchs eine Verwirrung in den Soldatenmassen. Sie ganz besonders duldeten es, daß eine wahnsinnige Hetze gegen die revolutionären Elemente der deutschen Arbeiterschaft betrieben wurde, daß die Fronttruppen geradezu gereizt wurden durch falsche Vorstellungen über die Vorgänge im Innern Deutschlands. Es wurde von der Regierung unterlassen, revolutionäre Aufklärung, revolutionäre Begeisterung in die Arbeiter- und Soldatenmassen zu tragen. Und all das haben mitgemacht, haben mitgeduldet und geradezu mitverschuldet die unabhängigen Leute in der Regierung. Sie sind es, die dadurch geschaffen haben die Voraussetzungen, unter denen sich die gegenrevolutionären Mächte so rapid entwickeln konnten, wie sie es getan haben bis zum heutigen Tage. Sie haben damit den Untergrund geschaffen für den Konflikt vom 6. Dezember, für den 23. und 24. Dezember in Berlin. Auch die Blutschuld dieser Tage liegt mit auf den Mitgliedern der USP. Sie sagen, sie haben davon nichts gewußt. Sie mußten davon wissen. Sie sagen, sie haben nichts davon gewußt; wenn sie nichts davon wußten, so wußten sie doch und mußten sie doch wissen, daß durch ihre ganze bisherige Politik die gegenrevolutionären Mächte dermaßen gewachsen waren, daß man jeden Augenblick mit ihrem Eingreifen zu rechnen hatte. So durften sie nun und nimmer mit Ebert-Scheidemann weiter Gemeinschaft machen. Sie hätten längst ausgetreten sein müssen, wenn sie nicht die Verantwortung tragen. Sie trugen die Verantwortung für alles, was Ebert-Scheidemann, wenn auch hinter ihrem Rücken, getan haben, weil sie, wenn sie nicht pflichtvergessen und gänzlich mit Blindheit geschlagen waren, wußten und wissen mußten, daß sie von Ebert-Scheidemann das zu erwarten hatten, was diese getan haben. Sie sind nicht getäuscht worden, denn es ist nicht wahr, daß die Ebert-Scheidemann sich geändert hätten zum Schlechten. Sie haben einfach ihre Politik fortgesetzt. Genossen, deshalb ist es vollkommen eindeutig, daß die Verantwortung für alle diese Vorgänge die Haase-Dittmann-Barth und damit die ganzen Unabhängigen in ihren Repräsentanten trifft.

Genossen! Wir haben uns, wie Ihnen gesagt, von vornherein keine Illusionen gemacht über den Charakter der USP. Wir haben trotzdem die Überzeugung gehabt, daß die Massen der USP unendlich besser sind als die sogenannten Führer. Wir haben die Massen zu gewinnen versucht, und wir haben, je mehr sich dieser unerträgliche Zustand in der USP entwickelte, um so mehr den Versuch unternommen, durch den Appell an die Massen der USP zu erzwingen eine Entscheidung darüber, ob die USP künftig eine revolutionäre, sozialistische Politik führen wird, ein Urteil der Massen zu provozieren über die durch die bisherige Politik der USP kompromittierten Mitglieder. Wir haben gefordert, daß ein Parteitag zusammenberufen wird. Die Forderung ist ergebnislos geblieben. Die revolutionären Obleute Berlins haben den gleichen Antrag erhoben, ebenfalls ergebnislos. Wir haben dann, um einen endgültigen Entschluß fassen zu können, [um] eine klare Situation zu schaffen, am 22. Dezember noch einmal ein Ultimatum an die Parteileitung gerichtet, mit der Forderung, einen Kongreß einzuberufen. Dieses Ultimatum ist, wie Ihnen bekannt, nicht beantwortet worden, außer durch eine Notiz der „Freiheit" abgelehnt. Es ist kein Parteitag zustande gekommen bis zum heutigen Tag. Die USP will weiterwursteln. Damit sind wir vor eine Lage gestellt, in der es gilt, eine klare Entscheidung zu treffen.

(...)

Genossen, wir stehen vor der Tatsache, daß ein weiteres Verbleiben im Verbande der USP geradezu bedeutet eine Solidarisierung mit der Gegenrevolution, eine Preisgabe der Ehre des Sozialismus. Wir stehen vor der Tatsache, daß trotz aller radikal scheinenden, in Wirklichkeit opportunistischen Eskapaden der USP in ihrer Gesamtheit heute bedeutet eine schwere Gefährdung der Revolution und daß die Trennung von ihr geboten wird durch die Treue zur Revolution. Genossen, können wir uns noch länger solidarisch erklären mit Leuten wie Haase, Barth, Dittmann, mit Leuten, die der Vereinigung der beiden Parteien das Wort reden, mit Leuten, die all das geduldet habe, was ich aufgezählt habe, die natürlich bereit sein werden, weiterhin Gleiches zu dulden, die jedenfalls keine Gewähr dafür bieten, daß künftig nicht Gleiches von ihnen geduldet werde? Es ist heute eine Ehrensache für uns — es würde geradezu eine Selbstbefleckung sein, eine Selbstbeschimpfung, wenn wir weiter der USP unter den gegenwärtigen Umständen angehören würden —, es ist ein Gebot der Reinlichkeit, sich jetzt von der USP zu scheiden, und es kann keinen Aufschub mehr ertragen, es muß sofort gehandelt werden. Das ist die Auffassung, die sich aus unseren gestrigen Erörterungen ergeben hat, die auch Sie in Ihrer großen Mehrheit erfüllt. Es gilt nun heute, jetzt, vor aller Öffentlichkeit den großen Trennungsstrich zu ziehen. Wir haben keine Gemeinschaft mehr mit der USP, wir müssen eine selbständige Partei werden. Wenn wir heute auseinandergehen, muß eine neue Partei gegründet sein, eine Partei, die im Gegensatz zu den scheinsozialistischen Parteien steht, zu denen auch die USP zu rechnen ist, im Gegensatz zu den Parteien, die das Wort Sozialismus mißbrauchen, um die Massen zu verwirren und den herrschenden Klassen in die Hände zu arbeiten, eine Partei, die entschlossen und rücksichtslos die Interessen des Proletariats vertritt, eine Partei, geschlossen und einheitlich zusammengesetzt im Geiste und im Willen, eine Partei, die ein klares Programm hat, eine Partei, in der das Ziel und die Mittel zum Ziele gewählt sind mit klarer Entschlossenheit, mit einer Entschiedenheit, die nicht verwirrt werden kann, [in der] Mittel gewählt worden sind nach den Interessen der sozialistischen Revolution, nach den Interessen, die die sozialistische Weltrevolution erfordert.

# Rosa Luxemburg Sozialreform oder Revolution?

**Der nun folgende Abdruck stellt das Vorwort der zu einer Broschüre zusammengefaßten Artikelreihe Rosa Luxemburgs in der „Leipziger Volkszeitung" dar, in der sie sich grundlegend mit den „neuen" politischen Ansichten Eduard Bernsteins auseinandersetzt. Das Vorwort zur Broschüre, das am 18. April 1899 verfaßt wurde, stellt eine Art Zusammenfassung der Kernthesen Luxemburgs in der Polemik gegen Bernsteins Opportunismus dar.**

Der Titel der vorliegenden Schrift kann auf den ersten Blick überraschen. Sozialreform *oder* Revolution? Kann denn die Sozialdemokratie *gegen* die Sozialreform sein? Oder kann sie die soziale Revolution, die Umwälzung der bestehenden Ordnung, die ihr Endziel bildet, der Sozialreform *entgegenstellen*? Allerdings nicht. Für die Sozialdemokratie bildet der alltägliche praktische Kampf um soziale Reformen, um die Besserung der Lage des arbeitenden Volkes noch auf dem Boden des Bestehenden, um die demokratischen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg, den proletarischen Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, auf die Ergreifung der politischen Macht und die Aufhebung des Lohnsystems hinzuarbeiten. Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform *das Mittel*, die soziale Umwälzung aber *der Zweck* ist.

Eine Entgegenstellung dieser beiden Momente der Arbeiterbewegung finden wir erst in der Theorie von *Ed. Bernstein*, wie er sie in seinen Aufsätzen: „Probleme des Sozialismus", in der „Neuen Zeit" 1897/98 und namentlich in seinem Buche: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie" dargestellt hat. Diese ganze Theorie läuft praktisch auf nichts anderes als auf den Rat hinaus, die soziale Umwälzung, das Endziel der Sozialdemokratie, aufzugeben und die Sozialreform umgekehrt aus einem *Mittel* des Klassenkampfes zu seinem *Zwecke* zu machen. Bernstein selbst hat am treffendsten und am schärfsten seine Ansichten formuliert, indem er schrieb: „Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles."

Da aber das sozialistische Endziel das einzige entscheidende Moment ist, das die sozialdemokratische Bewegung von der bürgerlichen Demokratie und vom bürgerlichen Radikalismus unterscheidet, das die ganze Arbeiterbewegung aus einer müßigen Flickarbeit zur Rettung der kapitalistischen Ordnung in einen Klassenkampf *gegen* diese Ordnung, um die Aufhebung dieser Ordnung verwandelt, so ist die Frage: Sozialreform oder Revolution? im Bernsteinschen Sinne für die Sozialdemokratie zugleich die Frage: Sein oder Nichtsein? In der Auseinandersetzung mit Bernstein und seinen Anhängern, darüber muß sich jedermann in der Partei klarwerden, handelt es sich nicht um diese oder jene Kampfweise, nicht um diese oder jene *Taktik*, sondern um die ganze *Existenz* der sozialdemokratischen Bewegung.

Bei flüchtiger Betrachtung der Bernsteinschen Theorie kann dies als eine Übertreibung erscheinen. Spricht denn Bernstein nicht auf Schritt und Tritt von Sozialdemokratie und ihren Zielen, wiederholt er nicht selbst mehrmals und ausdrücklich, daß auch er das sozialistische Endziel, nur in einer anderen Form, anstrebe, betont er nicht mit Nachdruck, daß er die heutige Praxis der Sozialdemokratie fast gänzlich anerkenne? Freilich ist das alles wahr. Ebenso wahr ist es aber, daß seit jeher in der Entwicklung der Theorie und in der Politik jede neue Richtung in ihren Anfängen an die alte, auch wenn sie im inneren Kern zu ihr in direktem Gegensatz steht, sich anlehnt, daß sie sich zuerst den Formen anpaßt, die sie vorfindet, die Sprache spricht, die vor ihr gesprochen wurde. Mit der Zeit erst tritt der neue Kern aus der alten Hülle hervor, und die neue Richtung findet eigene Formen, eigene Sprache.

Von einer Opposition gegen den wissenschaftlichen Sozialismus erwarten, daß sie von Anfang an ihr inneres Wesen selbst klar und deutlich bis zu letzten Konsequenz ausspricht, daß sie die theoretische Grundlage der Sozialdemokratie offen und schroff *ableugnet*, hieße die Macht des wissenschaftlichen Sozialismus unterschätzen.

Wer heute als Sozialist gelten, zugleich aber der Marxschen Lehre, dem riesenhaftesten Produkte des menschlichen Geistes in diesem Jahrhundert, Krieg erklären will, muß mit einer unbewußten Huldigung an sie beginnen, indem er sich vor allem selbst zum Anhänger dieser Lehre bekennt und in ihr selbst Stützpunkte für ihre Bekämpfung sucht, die letztere bloß als ihre Fortentwicklung hinstellt. Unbeirrt durch diese äußeren Formen muß man deshalb den in der Bernsteinschen Theorie steckenden Kern herausschälen, und dies ist gerade eine dringende Notwendigkeit für die breiten Schichten der industriellen Proletarier in unserer Partei.

Es kann keine gröbere Beleidigung, keine ärgere Schmähung gegen die Arbeiterschaft ausgesprochen werden als die Behauptung: theoretische Auseinandersetzungen seien lediglich Sache der „Akademiker". Schon Lassalle hat einst gesagt: Erst wenn Wissenschaft und Arbeiter, diese entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, sich vereinigen, werden sie alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken. Die ganze Macht der modernen Arbeiterbewegung beruht auf der theoretischen Erkenntnis.

Doppelt wichtig ist aber diese Erkenntnis für die Arbeiter im gegebenen Falle, weil es sich hier gerade um sie und ihren Einfluß in der Bewegung handelt, weil es ihre eigene Haut ist, die hier zu Markte getragen wird. Die durch Bernstein theoretisch formulierte opportunistische Strömung in der Partei ist nichts anderes, als eine unbewußte Bestrebung, den zur Partei herübergekommenen kleinbürgerlichen Elementen die Oberhand zu sichern, in ihrem Geiste die Praxis und die Ziele der Partei umzumodeln. Die Frage von der Sozialreform und der Revolution, vom Endziel und der Bewegung, ist von anderer Seite die Frage vom *kleinbürgerlichen oder proletarischen Charakter der Arbeiterbewegung*.

Deshalb liegt es gerade im

**Fortsetzung auf Seite 8**

Nr. 45 — Jahrgang 1918 Dienstag, 31. Dezember 1918 Preis 10 Pfg.

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Schriftleitung: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

## Konstituierung der Kommunistischen Partei.

### Die Ebert-Regierung für Krieg gegen Polen.

### Der Berliner Soldatenrat.

### Das Polizeipräsidium und die Besetzung des „Vorwärts".

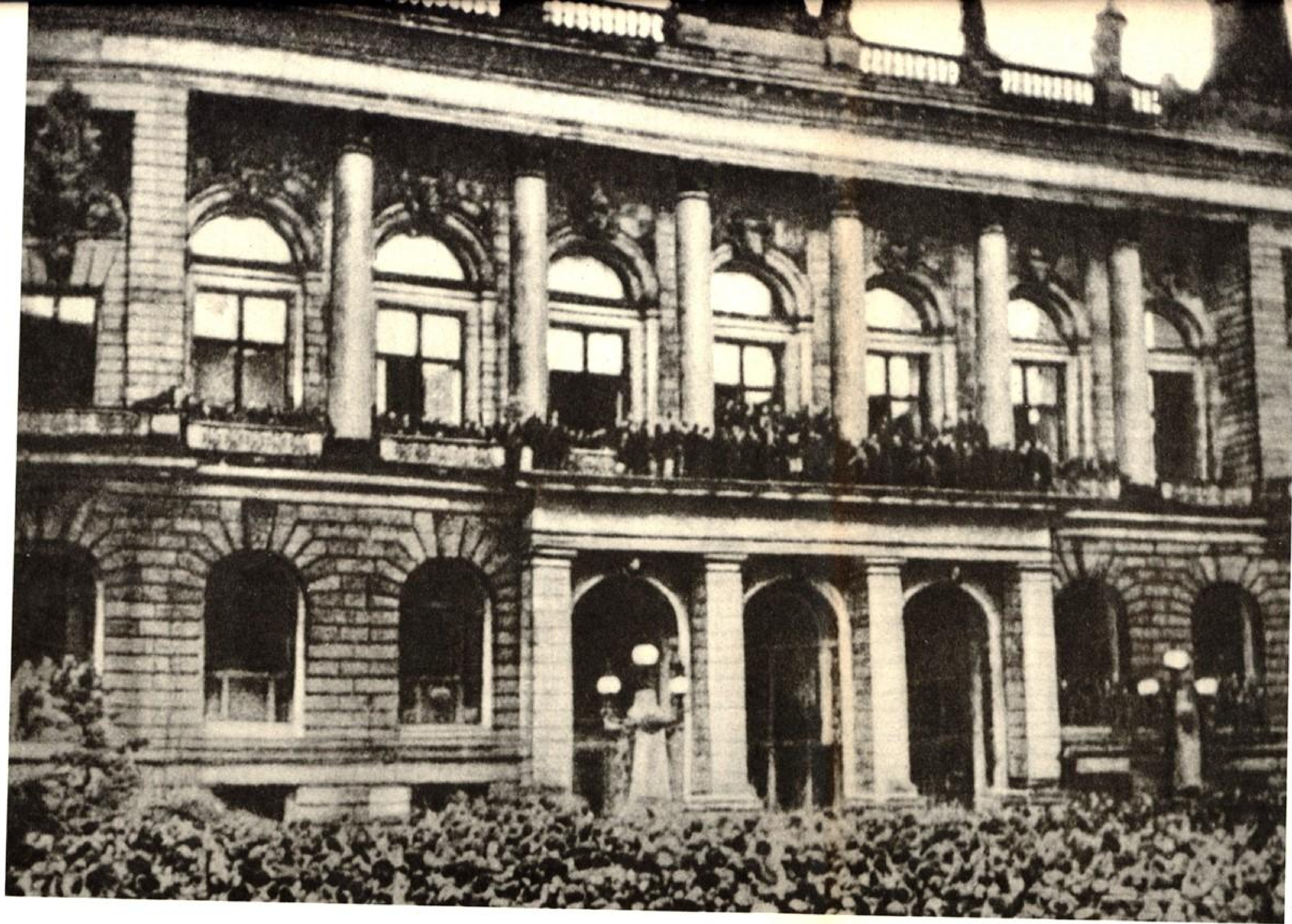
Unter Lösung seiner organisatorischen Beziehungen zur U. S. P. konstituiert sich der Spartakusbund als selbständige politische Partei unter dem Namen:

**Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).**

Von einer Debatte wurde auf Beschluß der Versammlung



„Karl und Rosa — auf ewig unvergessen"



"Wer hat uns verraten? – Sozialdemokraten!
Wer hatte Recht? – Karl Liebknecht!"

## Aus: „Rote Fahne", Zentralorgan der KPD (Spartakusbund) vom 12. Februar 1919

# „Die Tat und die Täter"

**Fast einen Monat nach der Ermordung der beiden Führer der KPD hatte sich im von der Regierung organisierten Verfahren nichts bewegt. Die Ebert und Scheidemann hatten sich trotz zahlloser Proteste auch aus der eigenen Partei und der Familie Liebknecht geweigert, dem Militärgericht die Zuständigkeit zu entziehen. Da veröffentlichte die „Rote Fahne" der KPD eine umfangreiche Dokumentation, die wesentlich mehr Tatsachen enthielt, als die gesamte angebliche Untersuchung bis dahin erbracht hatte. Es mag Spekulation sein — aber die Wahrscheinlichkeit, daß es ohne diese Enthüllungen der „Roten Fahne" (der noch weitere folgten, etwa über den Aufenthalt des Mörders Runge usw.) nicht einmal zu irgendeinem Urteil gekommen wäre, ist groß.**

Vier Wochen sind vergangen, seit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet worden sind.

Vier Wochen sind vergangen, seit eine Untersuchung im Gange ist, die nicht vorwärts geht. Vier Wochen, daß untersucht wird, mit keinem andern Erfolg, als daß immer weiter verdunkelt wird. [...] Wir haben, seit wir wieder die Möglichkeit haben zu reden, zu reden versucht. Wir haben versucht, das Gericht, das die „Untersuchung führt" zu seiner Pflicht zu bringen.

Das war vergebens. Wir hatten keinen anderen Erfolg, als daß die Garde-Kavallerie-Schützen-Division eine Mitteilung brachte, die unwahr war. Und weiter den Erfolg, daß unser verantwortlicher Redakteur als Zeuge geladen wurde, um festzustellen, wer uns „Material geliefert" hab. Die Suche nach dem Mörder scheint dem Gericht weniger wichtig als die nach den vermeintlichen Indiskretionen.

Wir haben versucht, das große Schweigen zu brechen [...]. Hier ist ein Mord begangen worden von weltgeschichtlicher Bedeutung [...], und die Presse schweigt.

So wollen wir reden [...].

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind am Abend des 15. Januar 1919 in das Eden-Hotel beim Stabe der Garde-Kavallerie-Schützen-Division eingeliefert worden. Sie waren von der Wilmersdorfer Bürgerwehr unter Führung zweier Mitglieder, Lindner und Mehring, festgenommen worden.

Die Festnahme war ein Rechtsbruch. Es bestand kein Haftbefehl. Selbst wenn sie verhaftet wurden, mußten sie nach den gesetzlichen Vorschriften der Polizei übergeben werden. [...] Sie hatten auf dem Stabsquartier nichts zu suchen und das Stabsquartier kein Recht, sich mit ihnen zu befassen.

Was hat die Wilmersdorfer Bürgerwehr veranlaßt, die Verhafteten nach dem Stabsquartier zu bringen?

Es bestand der dringende Verdacht, daß Lindner und Mehring Mitwisser des Mordplanes gewesen sind.

Sind sie es nicht gewesen, hat das Stabsquartier sie veranlaßt, die Inhaftierten dorthin zu bringen, so ist das ein Beweis dafür, daß von Anfang an der Divisionsstab die Absicht hatte, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in die Hand zu bekommen, um sie [...] zu ermorden. Karl Liebknecht ist am selben Abend gegen 9 Uhr, Rosa Luxemburg etwa eine halbe Stunde später im Eden-Hotel [...] eingeliefert worden.

Rosa Luxemburg ist bereits beim Eintritt ins Hotel beschimpft worden. Ein Hauptmann hat sich besonders hervorgetan. Er war es, der zuerst die geplante Tat verkündete. Er erklärte in der Halle des Hotels: „Den beiden wird heute Abend das Maul gestopft."

Karl Liebknecht wurde gegen halb elf vom Hotel weggebracht. Er sollte, wie man erklärte, nach Moabit gebracht werden. Er wurde begleitet von dem Kapitänleutnant Horst von Pflugk-Harttung, dem Leutnant Stiege, dem Leutnant Liepmann, dem Leutnant von Rittgen, dem Leutnant zur See Schulz, dem Leutnant Hein von Pflug-Harttung (einem Bruder des Kapitänleutnants) und dem Jäger Clemens Friedrich. Die sämtlichen waren schwer bewaffnet, trugen Handgranaten und entsicherte Pistolen, die Liebknecht gezeigt wurden.

Zu derselben Zeit standen als Doppelposten vor dem Hotel die Jäger zu Pferde Runge und Träger. Gegenüber dem Hotel hielt ein Automobil, dessen Führer ein Chauffeur namens Göttinger war, nebst einem Beifahrer.

Diese vier haben die Ausführung des Mordplans besprochen. Sie besprachen, die zwei dürften nicht lebendig aus dem Hotel [...]. Man dürfe sie nicht erschießen, das mache zuviel Lärm [...], man müsse sie mit dem Kolben erledigen. [...]

Sie haben den Mordplan ins Einzelne festgelegt. Bis auf Runge hat das Gericht noch gegen keinen eine Hand gerührt.

Karl Liebknecht kam aus dem Hotel. Er wurde nicht aus dem Hauptausgang [...] geführt, sondern durch einen Nebenausgang. [...] Runge lief um das Hotel und schlug dem bereits im Auto sitzenden Liebknecht zweimal mit dem Kolben auf den Kopf. Liebknecht sank halb bewußtlos zusammen. Auf der Straße war kein Mensch! Nur ein paar Soldaten. Die Offiziere standen und saßen um Liebknecht herum. Keiner hat nach dem ersten Schlag den zweiten zu verhindern versucht, keiner hat dem Mörder gewehrt, keiner auch nur ein Wort der Mahnung an ihn gerichtet.

Das Automobil fuhr nicht den Weg nach Moabit. Es fuhr den Neuen See entlang in der Richtung nach der Charlottenburger Chaussee. Wir behaupten, daß vom ersten Augenblick an die Absicht bei den transportierenden Offizieren bestand, Liebknecht zu ermorden, und wir folgern das aus diesen Tatsachen:

1. Sie ließen das Automobil ohne wichtigen Grund diesen nahezu unbeleuchteten Umweg fahren.

2. Sie haben die Lüge erfunden, daß das Automobil unterwegs eine Panne erlitten habe. Daß das alles eine Lüge ist, ergibt sich daraus, daß das Automobil sofort nach der Erschießung Liebknechts wieder gebrauchsfertig war.

3. Diese erlogene Panne trat ein genau in dem Augenblick, in dem das Automobil sich an einem völlig unbeleuchteten Nebenweg befand, also gerade an dem Punkt, den die Mörder für ihre Tat brauchten.

4. Sie haben die Lüge erfunden, Liebknecht habe einen Fluchtversuch gemacht. Daß dieser Fluchtversuch erlogen ist, ergibt sich daraus:

a. daß Liebknecht nach dem erlittenen schweren Schlag auf den Kopf kaum mehr im Stande war zu gehen, er war so benommen, daß selbst die Mörder ihn fragten, ob er noch gehen könne,

b. daß auch nur der Gedanke an die Flucht eine Unmöglichkeit war, in Anbetracht dessen, daß zwei Mann vor, zwei Mann neben und drei Mann hinter Liebknecht gingen, schwer bewaffnet, mit entsicherten Pistolen und Handgranaten, wie Liebknecht wußte,

c. daß jeder, der Liebknecht kannte, wußte, daß er noch nie sich einem Prozeß entzogen und an nichts auf der Welt weniger dachte als an Flucht.

d. Sie haben nach der Tat Liebknechts „unbekannte Leiche" bei der Rettungsstation eingeliefert, sie haben also versucht, die Spuren der Tat zu verwischen.

Der, wie hiernach festgestellt, geplante Mord vollzog sich in der Weise, daß das Automobil an der genannten Stelle, von der ein völlig unbeleuchteter Fußweg abging, hielt, daß Liebknecht in diesen Fußweg hineingeführt und nach etwa zwanzig Schritt aus allernächster Nähe erschossen wurde. Den ersten Schuß gab der Kapitänleutnant von Pflugk-Harttung ab.

Das ist der Vorgang eines Mordes.

Dann sollte Rosa Luxemburg abtransportiert werden. Derselbe Soldat Runge, der soeben den Mordversuch an Karl Liebknecht begangen, kehrte wieder auf seinen Posten zurück. Niemand wehrte ihm. Er stand bereit zu neuem Werk.

Rosa Luxemburg kam die Haupttreppe des Hotels herab und schritt durch den Hauptausgang. Dicht hinter ihr ging der Oberleutnant Vogel, der den Transport führen sollte.

Vor der Drehtür standen Runge und Träger. Als sie durch die Drehtür schritt, drehte Runge das Gewehr um und schlug ihr auf den Kopf. Sie sank um. Runge schlug ein zweites Mal auf den Kopf. Von einem dritten Schlag sah er ab, weil er sie für tot hielt.

Der Oberleutnant Vogel muß die Schläge bemerkt haben, denn sie wurden sogar im Innern des Hotels gehört.

Er hat nichts dagegen getan. Es war ihm gleichgültig, daß Runge das Geschäft des Mordes ihm abnahm. Denn Runges Tat entsprach seinem, Vogels, Plan.

Man schob die Leblose in den Wagen, rechts und links ein Mann, darunter Vogel. Der Wagen fuhr an. Ein Mann sprang noch hinten auf und schlug die schon Leblose noch mit einem harten Gegenstand, etwa einer Pistole, auf den Kopf.

Der Oberleutnant Vogel hat unterwegs der Leblosen alsdann die Pistole gegen die Schläfe gehalten, ihr noch einmal eine Kugel durch den Kopf gejagt.

Man fuhr mit der Toten zwischen Landwehrkanal und Zoologischem Garten entlang. Auf der Straße war kein Mensch. Nur am Ausgang des Zoologischen Gartens gegen den Landwehrkanal stand eine Gruppe Soldaten. Das Auto hielt, die Soldaten nahmen die Leiche in Empfang, und wohin sie sie gebracht haben, das war bis heute nicht zu ermitteln.

Es ist eine bewußte Lüge, wenn behauptet wird, die Leiche sei von der „Menge" oder von „Anhängern" aus dem Wagen gerissen worden. Das Auto fuhr ja einen Weg, auf dem [...] es kein Mensch erwarten konnte, es sei denn solche, die dahin bestellt waren. Es müssen die Leute, die dort waren, von denen, die den Mord planten, hinbestellt worden sein.

Rosa Luxemburg hatte, als sie leblos ins Auto gezerrt wurde, einen Schuh verloren. Dieser Schuh wurden von Soldaten als Trophäe im Eden-Hotel herumgezeigt.

Die Mordgesellschaft hat sich am Tage danach fotografieren lassen. Der Haupttäter, Runge, ist im Mittelpunkt der Photographie [...]. Das sind festgestellte Tatsachen.

Wir klagen an:

Den Kapitänleutnant von Pflugk-Harttung und seine Begleiter des Mordes an Karl Liebknecht.

Den Oberleutnant Vogel des Mordes an Rosa Luxemburg.

Die Jäger Runge, Träger und Göttinger des Mordversuches, Mordes und der Beihilfe dazu.

Den Hauptmann Pabst der Begünstigung der Mörder: er hat bereits am selben Tage Kenntnis von dem Morde erhalten und pflichtwidrig die erforderlichen Maßnahmen unterlassen.

Den Hauptmann Petry der Anstiftung zum Morde: Er hat die Mörder durch Aufforderung wie: „der Kerl lebt noch", „schlagt den Hund tot", angestiftet.

Den Hoteldirektor Ott vom Eden-Hotel der Begünstigung und der Verleitung zum Meineid. Er hat am Tage nach dem Morde die von dem Dr. Grabowski, dem „Pressechef" des Stabes geschriebene und erfundene Darstellung von dem Morde, deren Unwahrheit dem Ott [...] bekannt sein mußte, dem Hotelpersonal vorgelesen zu dem Zwecke, es von der Aussage der Wahrheit abzuhalten.

Das sind die Tatsachen, [...] die auch dem Gericht bekannt sein müssen. Es hat daraufhin nichts getan [...]. Es hat keinen Haftbefehl erlassen, weder das Militärgericht, noch die Staatsanwaltschaft. *Nichts ist geschehen.*

Gegen Runge hat man Haftbefehl erlassen, als Runge in Sicherheit war. Man hat ihn schon, sofort nach dem Morde, „verschoben", indem man ihn schon von seinem Regiment zum Husarenregiment Nr. 8 versetzte.

Nun ist er wohl „unauffindbar" [...].

Wir glauben für heute genügend gesprochen zu haben.

Unser beider Führer Blut schreit zum Himmel.

Die Militärgerichte stehen tatenlos.

Die Ebert-Scheidemann hören nichts. Sie glauben, man könne die Wahrheit totschweigen. Sie glauben, man könne vertuschen.

Es ist noch nie Blut vergossen worden, das lauter geschrien hätte. Die Proletarier werden ihr Urteil sprechen über die Mörder und ihre Helfershelfer.

Und wir werden weiter reden zum deutschen Proletariat: „Die Wahrheit muß herfür!"

# „*Wer die politische Verantwortung dafür trägt ... der ist auch von der politischen Mitverantwortung für die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht freizusprechen*"

**Der folgende Artikel ist ein Auszug aus dem Vorwort zur Dokumentation „Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht", die Elisabeth Hannover-Drück und Heinrich Hannover im Jahre 1968 beim Suhrkamp Verlag in Frankfurt veröffentlichten (Edition Suhrkamp Band 233). Das Buch war die erste in der BRD erschienene Aufarbeitung des Mordkomplotts an den beiden Führern der KPD und des nahezu einzigartigen Justizskandals zur Verschonung ihrer Mörder. Die politische Verantwortung der SPD: sie reicht vom Zeitpunkt des Ausschlußantrages von Carl Legien gegen Karl Liebknecht nach dessen „Nein" im Reichstag zu den Kriegskrediten (ein Antrag, der im Dezember 1914 noch keine Mehrheit im Parteivorstand fand) bis zu Gustav Noskes Mobilisierung der faschistischen Freikorpsbanden gegen die Arbeiterschaft. Dies gibt die Darstellung im Buch der Hannovers gut wieder — auch wenn an anderen Stellen des Buches Aussagen gemacht werden (etwa über die Gründe für das Scheitern der Vereinigungsverhandlungen zwischen der KPD und den revolutionären Obleuten), die schlicht „neben den Tatsachen" liegen.**

Diese Dokumentation hat sich nicht die Aufgabe gestellt, einen Kriminalfall aufzuklären. Die Täter interessieren nicht als Personen, sondern nur als typische Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und der von ihnen beherrschten staatlichen Institutionen. Ihre Handlungen sollen hier nicht an Paragraphen gemessen, nicht als „schuldhaft", „entschuldigt" oder „gerechtfertigt" im Sinne strafrechtlicher Terminologie qualifiziert werden, vielmehr geht es darum, deren politische Funktion zu erkennen, sie als das Ergebnis einer bestimmten Bewußtseinslage zu begreifen, aus der heraus die Angehörigen der herrschenden Klasse und deren Gesinnungsfreunde, unbekümmert um feierlich verkündete Rechtsgrundsätze, auch Lüge und Mord nicht verabscheuen, wenn es um die Verteidigung ihrer Herrschaft geht. Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht war nicht das zufällige Werk einiger Bösewichte in Uniform, sondern ein typisches Ereignis, nämlich Teil des Klassenkampfes zwischen antagonistischen gesellschaftlichen Gruppierungen. Die beiden Arbeiterführer waren nicht gefährlich, weil sie etwa über physische Gewalt verfügt hätten, sondern weil sie im Begriff standen, die deutsche Arbeiterschaft über ihre Klasseninteressen aufzuklären und damit den ersten Schritt zur Selbstbefreiung des Proletariats aus einer längst anachronistisch gewordenen Herrschaft des Kapitals zu tun. Gegen Aufklärung aber hat eine Herrschaftsordnung, die weder moralisch noch vernunftmäßig zu rechtfertigen ist, nur ein Mittel: die Gewalt.

Die Institution, mit deren Hilfe die herrschende Klasse Gewalt gegen Aufklärung setzen und jede ihren Interessen gefährlich werdende Interessenvertretung zerschlagen kann, ist — neben der Polizei — das Militär. In unbegreiflicher Verblendung stellten die sozialdemokratischen „Revolutionäre" von 1918 die hierarchische Organisation des Militärs wieder her und übertrugen damit die Vollmacht, Demokraten zu erschießen, auf ein reaktionäres kaiserliches Offizierskorps, das gerade einen Krieg verloren hatte und diese Scharte nunmehr dadurch auszuwetzen gedachte, daß es seinen Heldenmut an Wehrlosen ausließ. Dieser Entschluß der sozialdemokratischen Führer ist um so unbegreiflicher, als die SPD in den Arbeiter- und Soldatenräten, die sich in Anlehnung an das Vorbild der Russischen Revolution überall spontan gebildet hatten, durchweg über die Mehrheit verfügte. Die SPD-Führung hatte damit ein Instrument in der Hand, das eine Demokratisierung der aus dem monarchischen Staat übernommenen Institutionen (Militär, Verwaltungsbürokratie und Justiz) ermöglicht hätte. Die Vollmacht, einen bewaffneten Bruderkrieg gegen die sozialistische Linke zu führen, hätte die Regierung von den Arbeiter- und Soldatenräten allerdings kaum erhalten.

Wer die politische Verantwortung dafür trägt, daß ein wesentlicher Teil der Staatsgewalt der jungen Weimarer Republik in die Hände eines in reaktionärem Geiste geführten Militärs gelegt wurde, ist auch von einer politischen Mitverantwortung für die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht — und die vielen nachfolgenden Reichswehrmorde — nicht freizusprechen. Die Mörder konnten einer milden Beurteilung ihrer Taten sicher sein, weil die Justiz der Republik ebenfalls in den Händen von Angehörigen ihrer Gesellschaftsschicht lag. Die „Revolutionäre" von 1918 hatten auch die Vollmacht, über Demokraten und deren Mörder zu richten, einer aus dem monarchischen Obrigkeitsstaat übernommenen und als „unabhängig" und „unabsetzbar" bestätigten Richterschaft anvertraut. In dem Feldkriegsgericht, das über die Liebknecht-Luxemburg-Mörder zu urteilen hatte, saßen überdies nach der damals noch geltenden und durch Verordnung der Volksbeauftragten vom 5. Dezember 1918 nur unwesentlich geänderten Militärstrafgerichtsordnung (MStGo) die eigenen Kameraden der Angeklagten, darunter der Kapitänleutnant Canaris, ein persönlicher Freund des angeklagten Kapitänleutnants von Pflugk-Harttung. Die spätere Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit beseitigte nur eine allzu offensichtliche und daher anstößige Identität der Gruppenzugehörigkeit von Mördern und Richtern; doch auch die nichtmilitärische Justiz — die übrigens vorwiegend aus Reserveoffizieren bestand — blieb „Klassenjustiz" und gab Angehörigen der herrschenden Schicht Gelegenheit, ihre antidemokratische und arbeiterfeindliche Gesinnung in Terrorurteilen gegen Linke und in Einstellungsbeschlüssen, Freisprüchen oder milden Urteilen zugunsten ihrer Gesinnungsfreunde zu betätigen. Auch der Prozeß Jorns gegen Bornstein offenbarte die Gesinnungsverwandtschaft zwischen Militärgerichtsbarkeit und „ziviler" Justiz zur Genüge, so daß es sicher falsch wäre, die „Justizkomödie" des Feldkriegsgerichtsverfahrens als untypisch abzutun. (...)

Der Kollektivhaß, der den beiden gefangenen Arbeiterführern im Foyer und vor dem Eingang des Eden-Hotels entgegenschlug, ist ein schreckliches Zeugnis für die Wirkung gelenkter Haßpropaganda gegen Minderheiten. Die Erzeugung von Pogromstimmung gegen aufklärerische Minderheiten — Sozialisten, jüdische Intelligenz, „Linksintellektuelle", Studenten — ist eines der Mittel, mit denens sich die herrschende Klasse die Assistenz der brutalen Dummheit sichert. Der Soldat Runge, das mißbrauchte Werkzeug der Offiziersclique, verkörpert diese Bundesgenossen der herrschenden Klasse in typischer Weise.

Aber auch die Offiziere, die als Anstifter und Täter an der Mordaktion beteiligt waren, und die Juristen, die den Tätern Vorschub leisteten, waren nur Handlanger von Gruppeninteressen. Daß diese Typen und nicht etwa Außenseiter oder „Versager" waren, haben sich die handelnden Personen von Angehörigen ihrer eigenen Gruppe bescheinigen lasse. Das Feldkriegsgerichtsurteil zitiert die Führungszeugnisse der angeklagten Offiziere, in denen ihnen durchweg bestätigt wird, daß sie tüchtige Soldaten seien, und berücksichtigt dies, soweit es überhaupt zur Verurteilung kam, bei der Strafzumessung zu ihren Gunsten. Einer der verurteilten Offiziere, Leutnant Liepmann, kann später Jurist werden und den Doktortitel erwerben. Dem Reichsanwalt Jorns, der sich als Untersuchungsrichter, wie er selbst sagt, „geradezu darüber gefreut" hat, „wie kameradschaftlich diese Leute (nämlich die von ihm zu vernehmenden mordverdächtigen Offiziere) zusammenhielten", und der es als seine Aufgabe ansah, die „Ehre" der mordverdächtigen Offiziere so lange wie möglich zu schützen, wird von seinen Kollegen schließlich bescheinigt, daß er sein Amt korrekt ausgeübt habe und weiterhin würdig sei, die Robe des Juristen zu tragen. (...)

* * *

**Fortsetzung von Seite 5**

Interesse der proletarischen Masse der Partei, sich mit der gegenwärtigen theoretischen Auseinandersetzung mit dem Opportunismus aufs lebhafteste und aufs eingehendste zu befassen. Solange die theoretische Erkenntnis bloß das Privilegium einer Handvoll „Akademiker" in der Partei bleibt, droht ihr immer die Gefahr, auf Abwege zu geraten. Erst wenn die große Arbeitermasse selbst die scharfe zuverlässige Waffe des wissenschaftlichen Sozialismus in die Hand genommen hat, dann werden alle kleinbürgerlichen Anwandlungen, alle opportunistischen Strömungen im Sande verlaufen. Dann ist auch die Bewegung auf sicheren, festen Boden gestellt. „Die Menge tut es."

Berlin, 18. April 1899

*Rosa Luxemburg*

# Neue Opfer einer menschenfeindlichen Ausländerpolitik

**Nach dem Feuertod von sechs Ausländern in Westberlin zeigt sich der verantwortliche Senator Lummer unbeeindruckt und bedauert das Fehlen „drastischer rechtlicher Mittel" zur Vertreibung Hunderttausender ausländischer Bürger.**

Als am Silvesterabend im Westberliner Abschiebegefängnis Augustaplatz einige der Insassen aus Protest gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen, gegen ihre teilweise sogar gesetzeswidrige Inhaftierung Feuer legten, hatten die Wächter nur eine Sorge: das keiner fliehen könne. Es entkam niemand — und der Fluchtverdacht ist auch nur ein zynischer Rechtfertigungsversuch — aber sechs Menschen kamen ums Leben.

Wie die „taz" recherchierte, saßen alle sechs rechtswidrig in Abschiebehaft.

Amnesty international stellte fest: „Die Toten sind Opfer der zunehmend auf Abschiebung bedachten Asyl- und Ausländerpolitik".

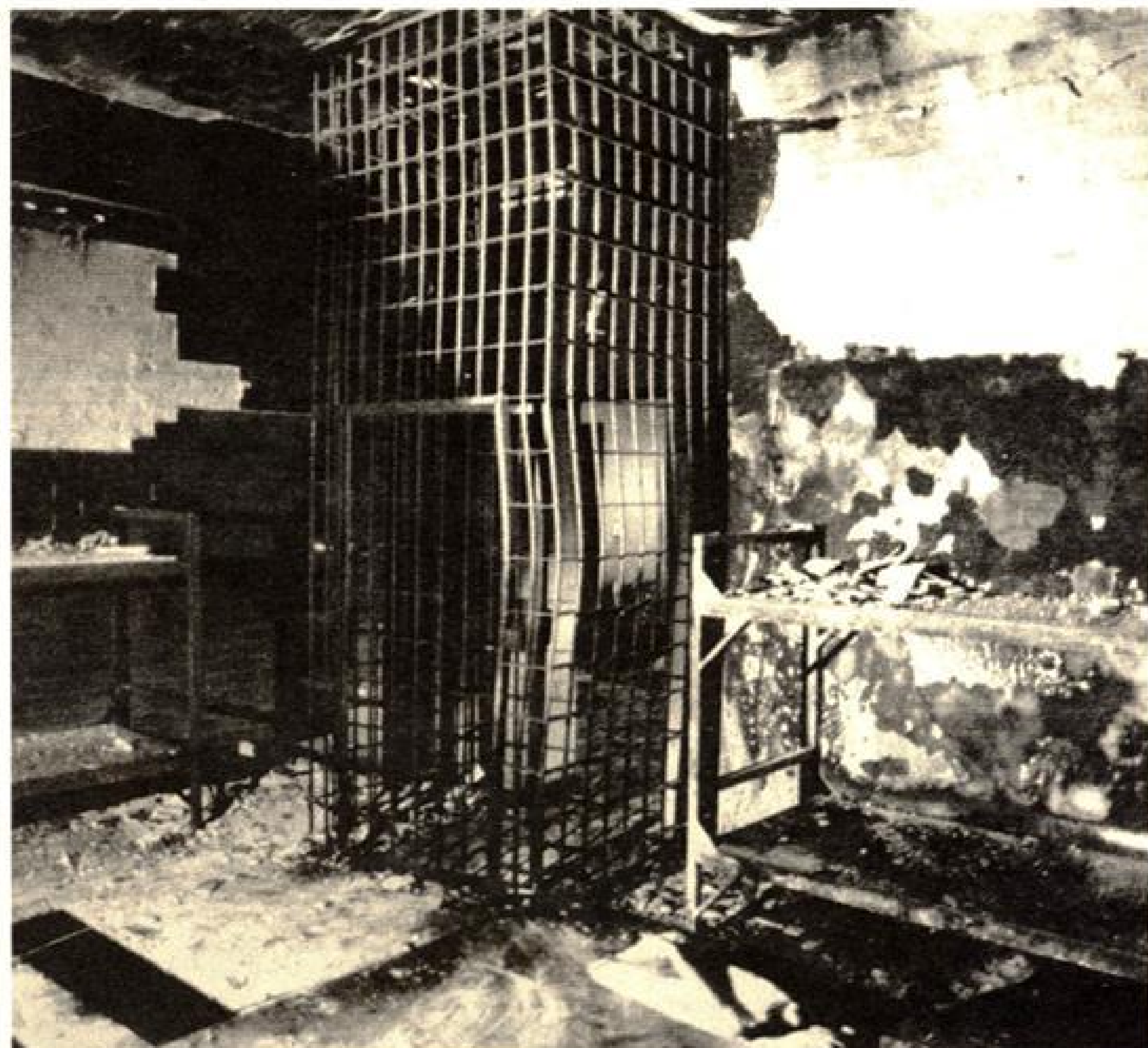
Innensenator Lummer (CDU) meint unbeeindruckt: „. . . gegen Selbsttötungsabsichten gibt es kein absolut wirkendes Mittel."

Bisherige Untersuchungen über die tragischen Geschehnisse dieser Nacht haben noch keine abschließenden Ergebnisse gebracht, erhärteten allerdings den Verdacht der fahrlässigen Tötung gegen vier Wachtpolizisten. Aber nicht diese vier Beamten, die sicherlich bestraft werden müssen, wenn die Verdachtsmomente zutreffen, tragen die letztendliche Verantwortung. Sondern diejenigen, die die gängige unmenschliche Ausländerpolitik zu verantworten haben. Wie Lummer. Wie Zimmermann und die ganze Rechtsregierung in Bonn.

In einem Gespräch mit „Stern"-Reportern kurz nach dem Tod der ausländischen Häftlinge wollte auch Lummer nicht nur von Kritik an der Westberliner Abschiebepraxis nichts wissen, sondern bekräftigte auch noch seine Entschlossenheit zur Forcierung seiner auf Ausländervertreibung gerichteten Politik, von der er sich beispielhafte Wirkung auf die Bundesländer und die Bundespolitik insgesamt versprach. Lummer, für den nach eigenen Aussagen schon der „Geruch" von Ausländern ein ernsthafter Störfaktor in Berlin ist, erklärte unter anderem: „Wir haben gegenwärtig knapp fünf Millionen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Ich glaube, daß wir drei, dreieinhalb Millionen verkraften könnten." Und auf die Frage, wie er denn die übrigen ‚rauskriegen', wolle, bedauerte er, daß „es leider keine Möglichkeit gibt, mit drastischen rechtlichen Mitteln vorzugehen" . . .

Lummer redete dann von sogenannten Rückkehrförderungsmaßnahmen. Aber er wird mit Sicherheit mehr dafür tun, die von ihm herbeigesehnten „drastischen Mittel" endlich einsetzen zu können. Das ist auch die Absicht der Bonner Unionsregierung.

**Wir fordern:**
**Lummer muß zurücktreten!**
**Die Vorfälle in der Augustastraße müssen restlos aufgeklärt und offengelegt werden!**
**Stoppt die reaktionäre Ausländerpolitik!**





# „Sie wollen uns abschrecken, damit wir den Kampf aufgeben. Das schaffen sie bei einigen Leuten. Aber bei uns — das ist unmöglich."

## Gespräch mit einem ausgebürgerten türkischen Antifaschisten

**Ein Genosse vom „Roten Morgen" hatte Gelegenheit, sich mit einem türkischen Antifaschisten zu unterhalten, den die Junta in Ankara gern in ihre Hände bekommen möchte. Mittlerweile wurde er ausgebürgert, und in Deutschland soll er bald nicht mehr bleiben dürfen. Der folgende Bericht gibt einen Einblick in die Situation zahlreicher Menschen, die unter uns leben, von der noch viel zu wenige wissen. Die zu ändern noch viel mehr getan werden muß.**

Als Selahattin Y. im Mai 1982 das türkische Konsulat in Essen aufsuchte, um seinen Paß verlängern zu lassen, fanden die Konsulatsbeamten in seiner Aktentasche eine Broschüre von amnesty international und ein Bild des von der faschistischen Junta hingerichteten 17jährigen Erdal Eren.

Als Selahattin Y. das Konsulat wieder verließ, brach er auf der Straße zusammen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

„Ich wurde von vier Beamten mißhandelt. Der Vizekonsul selbst hat mit auf mich eingeschlagen", berichtet der 20jährige. „Außerdem haben sie meinen Paß festgehalten und unbrauchbar gemacht. ‚Leute wie du haben keine Chance, ihren Paß zu verlängern', haben sie mir gesagt."

Die Polizei, die Selahattin informierte und bei der er Anzeige erstattete, konnte nicht ins Konsulat. Polizeibeamte fuhren mit ins Krankenhaus, wo die Verletzungen des jungen Antifaschisten attestiert wurden.

Die Oberstaatsanwaltschaft Essen schrieb zwei Briefe. Selahattin wurde über die Aufnahme seiner Angaben informiert. Das Konsulat ebenfalls, verbunden mit der Bitte, daß so etwas nicht nochmal vorkommen möchte, weil das das Verhältnis zwischen den Regierungen belaste.

Das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt.

Selahattin Y. lebt in Dortmund. Er hat eine feste Lehrstelle. Aber: Die Faschisten in Ankara haben ihn inzwischen ausgebürgert. Und: Seine Aufenthaltsgenehmigung für die Bundesrepublik — „Die haben wir Ihnen jetzt zum letzten Mal verlängert", sagte man ihm vor einiger Zeit — läuft am 31. Januar ab.

In der regierungsoffiziellen „Resmi Gazete" Nr. 18209 vom 2.11.83 ließ das türkische Innenministerium eine Namensliste von Personen veröffentlichen, die beschuldigt werden, im In- oder Ausland „gegen die Sicherheit der Türkischen Republik" und die Verfassung gearbeitet zu haben. Diese Personen wurden aufgefordert, bis zum 2. Dezember in die Türkei zurückzukehren und sich persönlich bei der Staatsanwaltschaft zu melden. Andernfalls würden sie umgehend ausgebürgert und ihr Eigentum vom Staat beschlagnahmt.

Auf dieser Liste steht auch Selahattin Y. Und in dem Dortmunder Stadtteil, in dem er heute lebt, wohnen gleich noch zwei andere Antifaschisten aus der Türkei, die ebenfalls auf dieser Liste stehen — Hüseyin K. und Cemalettin A. Ihre Aufenthaltserlaubnis ist allerdings noch etwas länger befristet als seine.

Ihre Zukunft ist unklar. Klar ist allerdings: Für Selahattin muß schnell etwas getan werden. Darauf bereiten sich Dortmunder Antifaschisten, darunter auch seine Gewerkschaftskollegen und vor allem die Gewerkschaftsjugend, vor. Und deutsch-ausländische Freundschaftsinitiativen. Und die KPD.

„Im neuen türkischen Strafgesetzbuch gibt es einen Artikel 140. Wegen dem haben bereits ungefähr 150 türkische Antifaschisten in der Bundesrepublik ihren Paß im türkischen Konsulat lassen müssen!"

Dieser Artikel lautet folgendermaßen:

„Der Staatsangehörige, der im Ausland über die innere Situation des Staates unwahre, übertriebene oder auf besonderen Zweck beruhende Gerüchte oder Nachrichten veröffentlicht oder irgendeine den nationalen Interessen zuwiderlaufende Tätigkeit entfaltet, wird, soweit diese die Reputation und das Ansehen des Staates im Ausland verletzt, mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft."

Das heißt unter anderem: Wer sich im Ausland als Antifaschist betätigt, der wird sofort eingesperrt, wenn die Faschistenjunta seiner habhaft werden kann. Eine der Abschreckungsmaßnahmen der türkischen Regierung. Denn antifaschistische Aufklärungsarbeit über die Wahrheit in der Türkei, das stört Evren und seine Kumpane. Es trägt dazu bei, sie international an den Pranger zu stellen.

Dagegen gibt es nicht nur neue Paragrafen.

„Vor ungefähr zwei Monaten", berichtet Selahattin, „ist dem Sprecher des Innenministeriums auf einer Pressekonferenz eine Bemerkung so nebenbei rausgerutscht: ‚Wir haben 33000 Beamte nach Europa geschickt.' (Das konnte man zum Beispiel auch in ‚Hürriyet' nachlesen.) Das können gar nicht alles Diplomaten sein! Da sind mit Sicherheit viele Geheimdienstler dabei. Auch die SPD hatte vor kurzem im Bundestag auf solche Geheimdiensttätigkeit hingewiesen und erfolglos versucht, Untersuchungen in Gang zu bringen. Die IG Metall hat auch schon bei der Bonner Botschaft protestiert."

Selahattin hat seine eigenen Erfahrungen mit dem türkischen Geheimdienst gemacht. Er kann aufgrund seiner Erfahrungen mit verschiedenen Konsulaten — zum Beispiel Dortmund und Münster — die Zusammenarbeit deutscher Behörden und türkischer Dienststellen nachvollziehen. Die im Ausland tätigen Geheimdienstler tragen mit dazu bei, daß Antifaschisten aus der Türkei ihre Pässe verlieren.

„Geheimdienstler bedrohen mich", sagt Selahattin. Nach seiner Mißhandlung in Essen wurde er beschattet und bereits zweimal telefonisch bedroht: „Wenn du so weitermachst, hast du keine Zukunft mehr" . . .

Im letzten Jahr erhielt Selahattin eine „Rückreisebescheinigung" zugestellt, unterzeichnet mit „Notstandskommandantur der 1. Armee". Diese Kommandantur hat ihren Sitz in Istanbul und „kümmert" sich bekanntermaßen um politisch Verfolgte im In- und Ausland.




Vom türkischen Konsulat erhielt Selahattin auch einmal die verlogene Auskunft, ihm würde doch gar nichts passieren, wenn er zurückkehre; er solle doch nur seinen Wehrdienst ableisten . . . Er weiß es besser.

„Sie wollen uns abschrecken, damit wir den Kampf aufgeben. Das schaffen sie bei einigen Leuten. Aber bei uns — das ist unmöglich." Selahattin sagt es ruhig, ohne Angabe. Sein Freund, der mit ihm zusammen zu einem Gespräch mit der Redaktion des Roten Morgen gekommen ist, nickt einfach. „Wir waren schon vier Jahre lang in der Türkei aktiv. Ich war im Vorstand des demokratischen Jugendverbandes YDGD. Hier arbeite ich in der DIDF. Die türkischen Behörden fahnden seit 1980 international nach mir, um herauszubekommen, wo ich mich aufhalte . . ."

Die türkische Regierung kann schlecht direkt die Auslieferung beantragen, meint Selahattin, weil er, solange er in seiner Heimat lebte, dort offiziell und legal gearbeitet hat. Einen Asylantrag will er — und wollen seine ebenfalls betroffenen Freunde — nicht stellen, weil sie befürchten, vielleicht ausgerechnet damit eine Möglichkeit der Ausweisung in die Türkei zu schaffen — falls der Antrag dann abgelehnt wird.

Selahattin, Hüseyin und Cemalettin fordern jetzt einen Fremdenpaß. Sie tun dies quasi stellvertretend für die 150 Antifaschisten, deren Pässe von türkischen Konsulatsbeamten einbehalten wurden.

Den hiesigen Behörden wäres es ein Leichtes, im Rahmen der üblichen Bestimmungen diese Pässe auszustellen. Aber sie verzögern. Sie wissen auch um die Signalwirkung, wenn sie erst einmal einen Paß ausgeben. Offensichtlich wollen sie nicht, daß die Betroffenen bleiben dürfen. Selahattins Antrag jedenfalls liegt in Dortmund auf Eis.

Wenn Selahattin Y. bis zum Ablauf seiner Aufenthaltsberechtigung am 31. Januar noch keinen Fremdenpaß hat, wollen wir mithelfen, in Dortmund einiges auf die Beine zu stellen.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

## Zum SPD-Parteitag

Liebe Freunde!

Anläßlich einer längeren Autofahrt hatten wir zu mehreren Genossen letzthin Gelegenheit, unsere Eindrücke vom SPD-Parteitag und der Bundestagsdebatte zur Nachrüstung auszutauschen. Das, was da zusammenkam, war so neu und überraschend, daß ich es zusammenfassend kurz darstellen möchte. Alle drei waren wir der Ansicht, daß der SPD-Parteitag und seine Konsequenzen eine ausführliche Darstellung im „Roten Morgen" verdient haben, zumal jede größere Änderung in der Politik der SPD, als Hauptträgerin des Reformismus in der BRD, Auswirkungen auf unsere Einheitsfronttaktik haben muß.

Sicherlich begrüßen wir das an und in der Friedensbewegung gewachsene Selbstbewußtsein der SPD-Basis, das sich in den Antiraketenbeschlüssen der Regionalparteitage zeigte. Sicherlich ergeben sich aus der unter der Wendepolitik erhöhten Kampfbereitschaft der SPD-beeinflußten Massen bessere Anknüpfungspunkte für unsere revolutionäre Politik. Es hieße aber sehr oberflächlich analysieren, wollte man wie die „Tat" in dem Nein zur Raketenstationierung nur ein Einschwenken der Parteiführung auf die Forderungen einer wacher gewordenen Basis erblicken. Daß aus der SPD keine Friedenspartei geworden ist und der Pazifismus nicht herrschende Ideologie, hat spätestens das Einfallen in die bürgerliche Hetze gegen die „wehrkraftzersetzenden" Äußerungen der Schriftsteller gezeigt.

Brandt und Vogel machten weder auf dem Parteitag, noch auf der Geburtstagsparty von Willy den Eindruck von Parteiführern, denen von den eigenen Genossen eine empfindliche Niederlage beigebracht worden wäre. Im Gegenteil treten sie wie Leute auf, die allen Grund haben, optimistisch in die Zukunft zu schauen. Bei genauem Hinsehen kommt man nicht umhin, zu sehen, daß schon die Entwicklungen hin zu den Regionalparteitagsbeschlüssen so spontan nicht waren, wie sie scheinen sollten, sondern daß die ganze Entwicklung nicht schlecht in das geänderte Konzept der Parteiführung paßt. Es hat den Anschein, als ob der Riege um Brandt, Bahr und Vogel die Meisterleistung gelungen sei, mit dem was auf dem Bundesparteitag offenbar wurde — Nein zur Raketenstationierung, Ja zur NATO, Ja zur Aussöhnung mit dem Osten und einem demonstrativen Bekenntnis zur europäischen Einigung — die Koordinaten einer neuen Spielart reformistischer Politik unter veränderten Bedingungen festzulegen. Daß hierbei eine mehr kämpferische Haltung der Basis zumindest im Moment nicht stört, dürfte klar sein. Im Gegenteil scheint ein gewisser Wortradikalismus führender SPD-Parlamentarier (Roth, Ehmke, etc.) darauf hinzudeuten, daß diese Leute erkannt haben, daß die Auseinandersetzung um soziale Fragen im Moment zur Profilierung der SPD als Arbeiter- und Volkspartei und zur Rückgewinnung verlorener Anhängerschichten gute Chancen bietet.

Aber als **bürgerliche** Arbeiterpartei muß die SPD-Führung vor allem wichtigen Kreisen der Bourgeoisie ihr Konzept andienen. Daß es solche Kreise gibt, die neben den USA eine selbständigere Rolle der BRD bereits jetzt fordern, hat die Diskussion um die Verfügungsgewalt über die Pershings (2-Schlüssel-Modell) gezeigt. Diesen Kräften zuzuwinken, dazu bot der SPD-Parteitag die Gelegenheit und sie wurde genutzt. Mit der Beschwörung der Einheit Europas, die in Form des Europasymbols optisch den Parteitag beherrschte, hat man deutliche Zeichen gesetzt. Die SPD knüpft hier an dem alten Traum des deutschen Imperialismus von der Einigung Europas unter seiner Vorherrschaft an, den dieser in diesem Jahrhundert zweimal vergeblich auf kriegerischem Weg und seit 35 Jahren mit dem Mittel der EWG- und EG-Politik zu verwirklichen sucht. Nun gut, das tun andere, tun FDP und CDU auch. Jedoch, und das bleibt festzuhalten, hat hier zum erstenmal eine parlamentarische Kraft, wenn wir von den Grünen und ihren in dieser Frage etwas verschwommenen Ansichten einmal absehen, die Europaidee anders als in völliger Unterordnung unter die Interessen des US-Imperialismus definiert. Dies wird durch das ablehnende Parteitagsvotum zur Raketenstationierung unmißverständlich deutlich gemacht.

Natürlich, man ist Realist und folgt nicht Lafontaine, der gleich die NATO mit ablehnt; denn eine eigene europäische Militärkonzeption liegt noch in weiter Ferne. Aber das Abrücken von den US-Interessen ist deutlich und wird auch so verstanden (vgl. Äußerungen der US-Administration zum SPD-Parteitag).

Wohlgemerkt, die SPD pokert auf die Zukunft. Noch steht der größte Teil der Bourgeoisie hinter der Kohl/Genscherschen Bündnispolitik. Aber das kann sich ändern. In dem Maße, wie die Reaganschе Embargopolitik gegenüber dem Osten die Marktinteressen deutscher Konzerne stört, je mehr der Protektionismus der USA auf einen Handelskrieg zutreibt, je deutlicher die EG eigene imperialistische Ziele verfolgt, desto näher rückt das außenpolitische Scheitern der Mitte-Rechts-Regierung in Bonn. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, wann dieser Fall eintreten wird. Aber für den Fall, daß er eintritt, steht die SPD mit einer neuen Politik bereit.

Bereits jetzt und verstärkt in der Vorbereitung auf die Europawahl schwört die SPD ihre Basis auf diese Politik ein. Täuschen wir uns nicht; das neue Konzept strahlt durch seine Anbindung an die Europaidee, die vielе für etwas Fortschrittliches halten, große Faszination aus! Diese Faszination hat es Vogel ermöglicht, die unterschiedlichsten Ansichten und Richtungen in der SPD „zu einem einheitlichen Nein in der Raketenfrage zu bündeln" und Schmidt zu isolieren. Es steht uns als Marxisten-Leninisten gut an, diese Politik, für die die SPD ihre Massenbasis vorbereitet, frühzeitig zu durchschauen und sie in einem Stadium zu bekämpfen, wo ihre Verankerung in den Massen noch schwach ist.

Joachim aus Bremen

## Sicherlich —

hat der Leser recht, wenn er unterstreicht, daß die Haltung der SPD-Führung ja nun keineswegs besonders friedliebend sei. Die Zustimmung zur NATO war, seit deren Bestehen, stets eine Hauptbedingung für die Anerkennung einer Partei als „salonfähig" durchs Kapital der BRD. Dies hat die SPD getan, und diese Haltung hat die SPD-Führung ungebrochen verteidigt.

Und daß die Parteiführung die Entwicklung in der Partei nach wie vor im Griff hat, das will nun wirklich keiner bestreiten. Was nicht der Tatsache widerspricht, daß sich in den Reihen der SPD und ihres Anhangs auch echte Umdenkungsprozesse abspielen (die Entwicklung auf den verschiedenen Landesparteitagen, bzw. bis dahin war doch reichlich unterschiedlich).

Auch daß die SPD-Führung auf die Zukunft setzt, dürfte klar sein, sie will ja wieder an die Regierung, die Regierung dieses Staates. Ohne dies jetzt alles ausführen zu wollen, sei aber hier auf einige Punkte hingewiesen, die schon zeigen, daß eine so „planmäßige" Entwicklung, wie sie im Leserbrief schon einigermaßen unterstellt wird, nicht realistisch ist. Zum einen natürlich: Die Raketenfrage ist nicht die einzige wichtige Frage, und heute gibt es offensichtlich fürs Kapital wichtigere Fragen, die gegenwärtig, unter welchen Wandlungen auch immer, eine Regierungsbeteiligung der SPD in Bonn ausschließen. Zum anderen:

Die Diskussion um eine stärkere Profilierung der EG-Macht in allen Bereichen kommt immer wieder auf — wobei oft genug übersehen wird, daß es keine kommunistische Erfindung ist, wenn von wachsenden Widersprüchen in der EG geredet wird (heute dürfte dies klarer sein). Das macht es reichlich unwahrscheinlich, daß größere Teile des Kapitals einen solchen Weg für realistisch halten werden. Im Gegenteil haben maßgebliche Vertreter des Imperialismus deutlich gemacht, daß es für sie kein entscheidendes Hindernis ist, auf den Osthandel notfalls (und nur dann) zu verzichten. Die These, darüber könne die Außenpolitik der Bonner Regierung scheitern, ist wohl kaum haltbar. (Ohne zu berücksichtigen, daß sie hier mobiler ist, als viele annehmen, siehe DDR-Kredit). Sicher ist es richtig, politisch gegen ein Konzept eines neuorganisierten EG-Imperialismus Front zu machen, in dem die BRD dabei die Führung haben wollte und wohl auch bekommen könnte. Aber als reale Alternative für einen auch nur überschaubaren Zeitraum kommt dies wohl nicht in Frage. Meint die Redaktion Roter Morgen.

## Keine Alternative

Liebe Freunde,

**Betrifft: Roter Morgen Nr. 50/83, Artikel von Helmut Weiss, „Es wird gewendet".**

Was waren das für Einwände der Oppositionsparteien, auch wenn sie noch so fragwürdig waren? Fragwürdig in welcher Hinsicht? Hätten diese Einwände einen Nutzen für die arbeitende Bevölkerung gehabt? Alles ist Dunkel, alles bleibt im Dunkeln(!), wo bleibt da die Auseinandersetzung?

Was wäre wohl eingetreten, wenn so ein alter parlamentarischer Spitzbube — ich denke da manchmal an den Wehner — **gefordert** hätte: „Die Reichen sollen die Krise bezahlen", ich glaube, das ganze Parlament wäre aus dem Häuschen.

Ich sehe für mich immer noch einen Unterschied zwischen einer Forderung und einer Argumentation. Insofern verstehe ich auch nicht, warum der Artikelschreiber über unsere Parlamentarier enttäuscht ist, daß noch nicht einmal einer von diesen Herren wenigstens in Richtung „Die Reichen sollen die Krise bezahlen" argumentiert hat.

Aus dieser parlamentarischen Sachlage dürfte sich wohl schwerlich eine politisch-parlamentarische Alternative aufzeigen lassen. Es sei denn, es gäbe eine kommunistische Fraktion im deutschen Bundestag, die immerwährend diese Schwatzbude entlarvt.

Wo also keine Alternative sich anbietet, bzw. zeigt, und zwar ausschließlich im Sinne der arbeitenden Klassen, dürfte es wohl schwer sein, daß sich im Schoße des bürgerlichen Parlamentarismus eine Alternative zum Wohle aller Ausgebeuteten entwickelt.

Und ob da im gegebenen Augenblick, ohne qualitative Veränderungen, was die Kräfteverhältnisse der Klassen sowohl auf Bundes-, Landes-, Kreis- oder Gemeindeebene betrifft, sich die Landesregierungen dem Bundeshaushalt entgegenstemmen werden, dürfte wohl jeder Realpolitiker verneinen. Da nützt auch der Hinweis auf Hessen nichts.

Mit den besten Grüßen

W.H. aus Berlin

## Leserbriefe — Antworten

*Nun also doch: wir werden künftig zumindest ausgewählte Leserbriefe im Roten Morgen beantworten, in der letzten Nummer (1•84) haben wir damit begonnen. Wie es da aussah wie ein Sonderfall, weil es eine direkte Aufforderung gab, muß zur Regel werden. Ausdrücklich zu betonen: Muß.*

*Einfach aus dem Grund, daß wir es arbeitsmäßig nicht schaffen (und im letzten Halbjahr 83 auch eindeutig nicht geschafft haben) die Leserbriefe in gesonderten Briefen an die Verfasser zubeantworten. Das ist eine zusätzliche Arbeit, die wir aufgrund der personellen Anspannung kaum noch leisten können, also: besser im Roten Morgen als gar nicht.*

*Wobei wir ausdrücklich festhalten wollen, daß wir die andere Methode, nämlich Leserbriefe grundsätzlich unkommentiert zu veröffentlichen, für die bessere und ehrlichere Vorgehensweise halten. Weder muß dabei jeder Schreiber damit rechnen, sofort kritisiert zu werden, was auf die Zahl parteiloser Leser einen guten Einfluß hatte, noch macht man die Seite „Leserbriefe" dadurch zur Farce, daß man jeden kritischen Ton sofort beantwortet.*

*Wir jedenfalls konnten gut damit leben, auf dieser Seite auch andere Meinungen als die unserer Partei zu sehen, ohne gleich dazu etwas sagen zu wollen. außerdem trauen wir unseren Lesern ein eigenes Urteil zu. Damit wollen wir nun wahrlich nicht ausdrücken, daß alles dies nun so geschehen soll, nein, bewahre. Das hier Gesagte soll nur deutlich machen, daß es eben nicht die verschiedenen — in solche Richtung gehenden — Kritiken an der alten Konzeption waren, die uns zu dieser Veränderung bringen, sondern wirklich nur die Organisation der Arbeit. Dem schlechten Stil anderer revolutionärer Zeitungen wollen wir auch künftig nicht folgen.*

*Stellung nehmen wir künftig ausschließlich zu solchen Themen, von denen wir denken, daß sie einen größeren Kreis interessieren. In der Regel werden wir Leserbriefe wie den nebenstehenden aus Berlin, nicht beantworten, weil wir meinen, daß dies erst mal eine Kritik an der Arbeit — in diesem Falle meiner — eines Redakteurs ist. Auf solche Briefe halten wir es für richtig, nur dann zu antworten, wenn sie konkrete Forderungen an uns beinhalten, nicht, wenn sie von einer anderen Meinung als persönlich gezeichneter Artikel ausgehen.*

*Für die Redaktion*

*Helmut Weiss*

### Korrespondenz aus Hamburg (2)

# Sieben Dollar und 1/2 Ticket

## Kolumbianische Seeleute zurück ins Ungewisse

**Seit fast drei Monaten hatten die Seeleute der „Arenosa" keine Heuer mehr bekommen. Ihre Lage und die dahin führende Entwicklung beschreibt der folgende Korrespondentenbericht aus Hamburg, der auch der „taz" zugesandt worden war. Erinnerungen werden dabei wach an den Streik kolumbianischer Seeleute im Jahr 1981 — insbesondere was die untätige Haltung der zuständigen ÖTV-Gewerkschaft betrifft... Inzwischen sind die Seeleute abgeflogen — mit einem Ticket bis Bogotá. Was weiter wird, kümmert Hamburgs Behörden nicht.**

**Den ersten Teil der Korrespondenz veröffentlichten wir im RM 1/84.**

Flughafen Hamburg, Freitag, 14.30 Uhr: für 27 der 31 kolumbianischen Seeleute des von der Reederei liegengelassenen Frachters „La Arenosa" beginnt der Flug ins Elend, nach Kolumbien. Samstagfrüh, 8.15 Uhr, werden sie in Bogotá ankommen — mit *nichts*. Ohne Weiterflugticket in ihre über 1000 km von Bogotá entfernt liegenden Heimatorte Baranquilla, Cali, Cartagena, ohne Geld, um die Weiterfahrt bezahlen zu können. Ohne Geld, um sich und ihre Familien, die seit dem 15.10. (als zum letzten Mal die Heuer ausbezahlt wurde) völlig mittellos dastehen, über die Feiertage, geschweige denn im Neuen Jahr über Wasser halten zu können.

Der Blick auf das Flugticket, das (von der Hamburger Sozialbehörde bezahlt) am Air-France-Schalter am Flughafen für die Seeleute bereitlag, wirkte wie ein Schock: Hamburg — Paris — Bogotá... nichts weiter. Alle waren davon ausgegangen, daß die Behörde nach der Arrestierung des Schiffes am Donnerstag die Rückflugkosten bis zu den **Heimat**orten und eben nicht nur bis Bogotá übernehmen würde. Übersetzungsfehler? Vermittlungsprobleme?

Für den Vertreter der Sozialbehörde, der kurz nach 14 Uhr, als die Seeleute schon völlig resigniert und bedrückt die Kontrollen passiert hatten, am Flughafen ankam, hatte es nie andere Aussagen von seiten der Behörden gegeben. „Das Weitere ist Sache der kolumbianischen Behörden"... nach diesem Motto war gehandelt worden, ohne die kolumbianische Wirklichkeit zu berücksichtigen, die ansatzweise schon hier im Vorgehen und Verhalten des kolumbianischen Konsuls sichtbar geworden war: „Wir können nicht eingreifen, da es sich um einen Arbeitskonflikt handelt, der zwischen der Reederei und der Belegschaft ausgetragen werden muß."(!) Wie sehr er sich raushält, wurde heute sichtbar. Trotz der am Donnerstagabend an Bord verlesenen Erklärung und Zusicherung des Konsuls, mit den auf seinem Privatkonto eingezahlten Spenden heute zum Flughafen zu kommen, um sie plus der Summe, die er eigentlich für ein Abendessen für die gesamte Besatzung vorgesehen hatte, an die Seeleute auszuzahlen, waren weder er, noch sonst ein Vertreter des Konsulats heute am Flughafen — von Geld ganz zu schweigen.

„Bild"-Reporter Brinkmann, der in der Mittwochausgabe geschrieben hatte: (Original-„Bild"-Ton): „Rund 30000 DM sind inzwischen auf einem Hilfsspendenkonto beim Anwalt der Seeleute eingegangen", glänzte ebenfalls durch Abwesenheit. Kein Wunder, denn er hätte den Seeleuten darüber Rechenschaft ablegen müssen, wo die 30000 DM denn seien. Auf dem Konto des Rechtsanwaltes sind sie jedenfalls nicht. Brinkmanns Lügen haben mit dazu beigetragen, daß keine, bzw. kaum Spenden auf die eingerichteten Konten eingingen. Wenn sich innerhalb von zwei Tagen laut „Bild" die Spenden von 15000 DM (siehe „Bild" am Montag) auf 30000 DM verdoppeln, dann ist für viele die Notwendigkeit, für diesen Zweck zu spenden, nicht mehr so dringend. Das „Bild"-human-touch-Vorweihnachtsgeschmiere, das solche Hoffnungen bei den Seeleuten aufgebaut hatte (wer von ihnen kann sich denn vorstellen, mit welchen Mitteln dieses Blatt arbeitet?), erwies sich als Schlag ins Gesicht. Ein gemeiner, menschenverachtender Schlag, mit um so schwerwiegenderen Folgen, als er gegen Menschen gerichtet ist, die zum Elend verdammt sind: ohne Arbeit, ohne Geld, mit der vagen Hoffnung nur, daß es den Anwälten in den nächsten Monaten gelingt, die ihnen zustehende Heuer bei der Reederei einzuklagen, einer Reederei, an deren Spitze — laut Gerüchten — ein mit der kolumbianischen Rauschgiftmafia zusammenhängender Typ sitzt, der, wie sein Vorgehen seit dem 12.8. zeigt, andere „Probleme" im Kopf hat, als sich um 31 Seeleute und deren Rechte zu kümmern.

# Terrorfeldzug gegen die SWAPO

## Südafrikas Rassisten stellen die Heuchelei der UNO bloß

**Fast 200 Kilometer tief im Staatsterritorium Angolas haben südafrikanische und namibische Truppen blutige Militäraktionen unternommen, die vor allem die Zerschlagung der Kommandostruktur, der Stützpunkte und Versorgungslager der Befreiungsorganisation SWAPO zum Ziel hatten. Über Protestresolutionen des Weltsicherheitsrates der UNO wird angesichts der ungeheuren Diskrepanz zwischen Worten und Taten der dort vertretenen Staaten in Pretoria nur noch verächtlich gelacht.**

Mit ungeheurer Unverfrorenheit setzen sich die südafrikanischen Rassisten bei ihren Aktionen in Südangola über alle Bestimmungen des Völkerrechts hinweg. Entgegen all des Gemunkels über gesellschaftliche Fortschritte, das man auch in Westdeutschland immer wieder zu hören bekommt, hat das Regime nicht seine Politik aufgegeben, mit aller Brutalität gegen die Freiheitsbestrebungen der schwarzen Bevölkerung, gegen die Organisationen des Freiheitskampfes vorzugehen. Nach den letzten dreitägigen Kämpfen in der Nähe von Cuvelai im Süden Angolas, wo es offentsichtlich zu einer offenen Schlacht zwischen den Rassistentruppen und angolanischen und SWAPO-Einheiten kam, wird aus Pretoria ein wichtiger militärischer Erfolg gemeldet. Angeblich könne nun in den nächsten Monaten nicht mehr mit größeren Aktionen der SWAPO gerechnet werden. Genaue Angaben liegen nicht vor. Der südafrikanischen Regierung ist aber sicher klar, daß sie den Widerstandswillen gegen ihre Politik nicht gebrochen hat, und sie hält sich zu weiteren blutigen Aktionen bereit.

Der Weltsicherheitsrat der UNO hat in einer Resolution den bedingungslosen Abzug der Truppen Pretorias aus Angola gefordert. Außenminister Botha allerdings tat diese Erklärung mit den Worten ab: „Der Rat kann tun, was er will, und jede beliebige Entscheidung treffen. Meine Regierung hat genug von der Heuchelei des Sicherheitsrates und seiner Mitglieder."

Die Berechtigung zu solchen großen Tönen geben ihm die meisten Staaten selber, die jetzt ihre Empörung zum Ausdruck brachten — Heuchelei, tatsächlich. Denn Erklärungen geben sich leicht. Aber zum Beispiel endlich wirksame internationale Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen — wer findet sich denn dazu bereit? Die große Mehrheit der UNO-Mitgliedsstaaten unterhält weiterhin beste Handelsbeziehungen zu dem Rassistenregime.

Auch die Bundesregierung tut nichts dagegen. Und wenn man in diesen Wochen immer wieder von den Differenzen zwischen Unionsparteien und FDP, zwischen Genscher und Strauß vor allem hören konnte, was die Beurteilung der Situation im Süden des afrikanischen Kontinents und der dort tätigen politischen Kräfte angeht, wenn diese Differenzen teilweise groß herausgestellt wurden — was ist denn wirklich dran? Man darf doch nicht vergessen, daß es noch keine Bundesregierung gegeben hat, die den Apartheidspolitikern ernsthaft wehgetan hätte.

So können sich Botha und seinesgleichen immer noch zur Fortsetzung ihrer Politik ermutigt fühlen, die einzig durch den Kampf der Bevölkerung selbst gefährdet wird. Diesem Kampf gilt, gerade angesichts der aktuellen und fortgesetzten Haltung der reaktionären Regierungen, die internationale Solidarität der antirassistischen Kräfte. Auch in der Bundesrepublik.

Die Rundreise südafrikanischer Gewerkschafter durch die Bundesrepublik, die in diesen Wochen stattfindet, ist eine Möglichkeit, sie zum Ausdruck zu bringen. — Wir fordern:

**Schluß mit jeder Unterstützung des Pretoria-Regimes!**

**Solidarität mit dem Freiheitskampf der Völker Südafrikas!**

### Enthüllungen über den Terror der argentinischen Militärs

# „... betäubt, ausgezogen, wie Würste zusammengebunden ..."

**Durch die Vernehmung von Armeeangehörigen, die auf Veranlassung der neuen argentinischen Zivilregierung vorgenommen werden, kann sich die internationale Öffentlichkeit inzwischen ein immer deutlicheres Bild davon machen, mit welchen Methoden die Militärs in den vergangenen sieben Jahren ihre Macht gesichert hatten.**

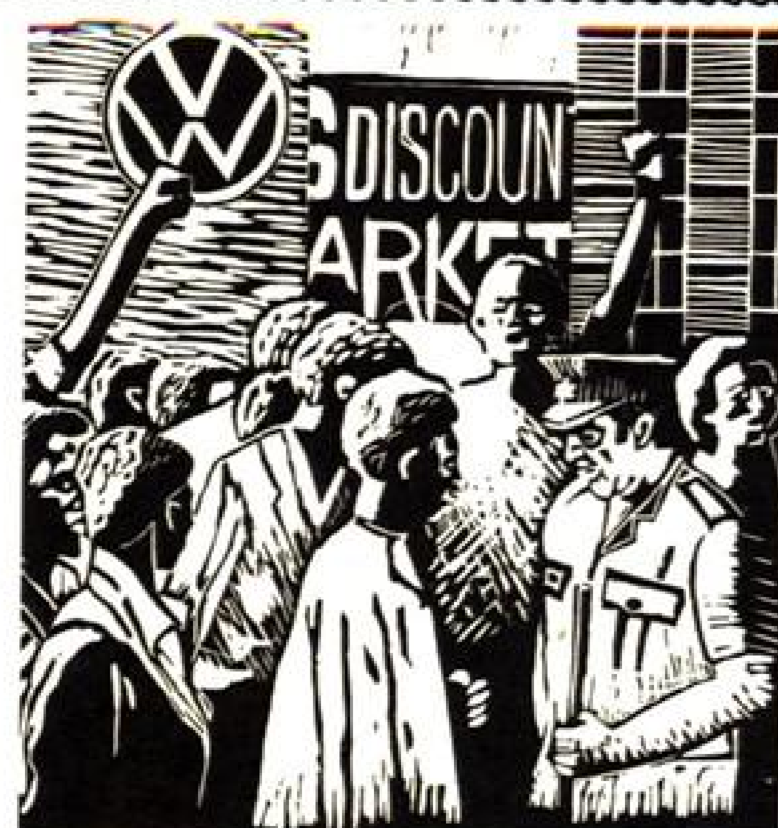
Mehr als tausend politische Gefangene wurden im Meer ertränkt. „Sie wurden betäubt, ausgezogen und wie Würste zu einer Kette zusammengebunden." Danach wurden sie von Flugzeugen aus ins Meer geworfen. Bevor sie auf diese Weise ermordet wurden, hatten sie grausame Folterungen über sich ergehen lassen müssen.

In der Marineschule von Buenos Aires, wohin die meisten Gefangenen gebracht wurden, gab es besondere Einrichtungen zur Leichenverbrennung: Die Gefangenen, die schon tödlich verletzt dort ankamen oder unter der Folter starben, wurden auf „Grills" verbrannt, die über die in den Fußboden eingelassenen Feuerstellen angebracht waren.

Zum Aufspüren und Verhaften von Oppositionellen gab es sogenannte Arbeitsgruppen, die in Kolonnen von drei oder vier Wagen mit jeweils vier Mann vor allem nachts loszogen.

Über die Folter- und Hinrichtungsmethoden berichtete der zitierte Offizier noch, daß den Gefangenen nie die Augen verbunden wurden, da sie „auf jeden Fall sterben" mußten. Es habe auch „Irrtümer" gegeben. Die schwedische Staatsbürgerin Dagmar Hagelin zum Beispiel wurde von Hauptmann Alfredo Astiz persönlich erschossen, als schon feststand, daß hier eine Verwechslung vorlag.

Die schlimmsten Formen der Repression, so der Offizier, gab es zur Zeit der Admirale Emilio Massera und Armando Lambruschini. Bei der Verfolgung und Folterung politischer Gegner leisteten „amerikanische Militärberater" Hilfestellung. Der Offizier betont, daß auch zur Zeit Jimmy Carters und seiner offiziellen „Menschenrechtspolitik" die argentinischen Militärs stets die „Unterstützung" der USA gehabt haben.




## UNTERSTÜTZT DEN AUFBAU UNABHÄNGIGER GEWERKSCHAFTEN IN SÜDAFRIKA

Anfang Januar wird ein Vertreter der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter, Herr Mofokeng, auf Einladung des Arbeitskreises Afrika (AKAFRIK) Münster zu einer Rundreise in die BRD kommen. — Die gewerkschaftliche Organisierung der schwarzen Arbeiter in Südafrika hat in den letzten Jahren aller Unterdrückung zum Trotz einen großen Aufschwung genommen. Die meist noch jungen schwarzen Gewerkschaften haben bereits viele harte Kämpfe durchstehen müssen — der Vorläufer der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter z.B. entstand praktisch im Streik der Johannesburger Gemeindearbeiter 1980, gewann trotz der Deportation vieler Streikender Tausende von Mitgliedern, schloß sich dann mit anderen zusammen und ist seit 1982 Mitgliedsgewerkschaft der CUSA, dem Verband südafrikanischer Gewerkschaften, der selbst erst 1980 entstand und heute über 100000 Mitglieder zählt.

Auf Veranstaltungen in folgenden Städten wird Herr Mofokeng über die Entwicklung seiner Gewerkschaft wie der schwarzen Gewerkschaftsbewegung in Südafrika, über ihre Erfolge, ihre Probleme und Aufgaben sprechen:

**Veranstaltungstermine der Rundreise des Vertreters der South African Black Municipal Workers' Union**

| | |
|---|---|
| Mo., 16.1. | Clausthal, Cafeteria, Studentenzentrum, 19.30 h |
| Di., 17.1. | Bielefeld, Missionshaus Bethel, Missionsweg, 19.30 h |
| Mi., 18.1. | Münster, Katholische Studentengemeinde, Klubraum 1, Frauenstr., 19.30 h |
| Fr., 20.1. | Dortmund, Sozialakademie Dortmund, Hohe Str. 141, 19.30 h |
| Sa., 21.1. | Köln, Severinstorburg, 20.00 h |
| Mo., 23.1. | Schweinfurt, Gewerkschaftshaus, Großer Saal, 19.00 h |
| Di., 24.1. | Augsburg, Zeughaus, 20.00 h |
| Mi., 25.1. | München, Schäffler Saal, Hofbräuhaus, am Platzl, 19.30 h |
| Fr., 27.1. | Ravensburg, Gasthof Storchen, 20.00 h |
| Sa., 28.1. | Stuttgart, Jugendzentrum Mitte, 19.30 h |
| Mo., 30.1. | Freiburg, Fabrik, Theatersaal, Habsburgerstr., 20.00 h |
| Di., 31.1. | Schwäbisch Hall, Club Alpha, Pfarrgasse, 20.00 h |
| Mi., 1.2. | Heilbronn, DGB-Jugendheim, 19.30 h |
| Do., 2.2. | Heidelberg, Gewerkschaftshaus, 19.30 h |
| Fr., 3.2. | Frankfurt, Gewerkschaftshaus, 19.30 h |

**Spendensammlung zur Unterstützung in Südafrika inhaftierter Gewerkschafter:**

Konto C.U. Monica (Unterstützung inhaftierter Gewerkschafter in Südafrika), BfG: Köln, Kto.-Nr. 1146368600 (BLZ: 37010111)

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

# Mit freundlichen Grüßen: Ihr Ausbeuter

**Die, wie immer „sehr geehrten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter" des Nixdorf-Computer Unternehmens bekamen am 23. Dezember einen Brief von ihrer, hoffentlich weniger geehrten, Geschäftsleitung. Einen solchen Brief bekam auch die Redaktion Roter Morgen über den Bekannten eines Bekannten...**

In dieser Weihnachtspost wird, wie offensichtlich jedes Jahr, eine vorzeitige, später verrechenbare Lohnerhöhung zum 1. Januar behandelt. Nun haben die Herren bei Nixdorf diesmal aber ein Problem, genannt: Arbeitszeitverkürzung. Aber sie haben auch eine Lösung des Problems.

Lesen Sie selbst:

„Wie in den vergangenen Jahren haben wir uns auch in diesem Jahr entschlossen, die Löhne und Gehälter unserer Mitarbeiter in tarifgebundenen Unternehmensbereichen zum 01.01.1984 zu überprüfen. Auch in den vergangenen Jahren haben wir mit dieser betrieblichen Handhabung unsere Entscheidungen über die neuen Löhne und Gehälter ohne Kenntnis der Ergebnisse der Tarifverhandlungen getroffen, die erst im März/April des jeweiligen Jahres abgeschlossen wurden. Diese Unsicherheit über die Tarif-Situation ist aber in diesem Jahr besonders schwerwiegend, da gleichzeitig in den anstehenden Tarifverhandlungen über zwei Fragen verhandelt wird: Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und die Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter.

Eine nach Bekanntgabe unserer betrieblichen Lohn- und Gehaltserhöhungen vereinbarte Tariferhöhung konnte in den vergangenen Jahren gegen die durchgeführten betrieblichen Effektiverhöhungen aufgerechnet werden. Das ist anders mit einer evtl. Arbeitszeitverkürzung. Obwohl Arbeitszeitverkürzungen für uns in gleicher Weise Kostensteigerungen darstellen wie Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen, kann eine Arbeitszeitverkürzung nicht ohne weiteres angerechnet werden. Deshalb ist uns in diesem Jahr die Entscheidung, wie wir bei einer Lohn- und Gehaltserhöhung zum 1. Januar vorgehen, besonders schwergefallen.

Unser Problem war einerseits, eine unvertretbare Doppelbelastung zu vermeiden, andererseits aber, insbesondere auch im Interesse aller Mitarbeiter, wie in den vergangenen Jahren auch diesmal vor Weihnachten, die neuen Löhne und Gehälter für 1984 bekanntgeben zu können. Als Ausweg mußten wir uns dann entscheiden, in die Lohn- und Gehaltserhöhungsschreiben einen in dieser Form neuartigen Vorbehalt aufzunehmen. Entsprechend dem Wortlaut behalten wir uns die Möglichkeit vor, im Falle einer evtl. Verkürzung der Wochenarbeitszeit je Stunde Ihre übertariflichen Zulagen um 2,5 % (eine Stunde = 1/40 der heutigen Wochenarbeitszeit = 2,5 %) Ihres Monatslohnes/Gehalts herabzusetzen. Dabei würden wir in keinem Fall mehr abziehen als die normale Erhöhung von 3,5 %, die auch auf der Betriebsversammlung bekanntgegeben wurde.

Um Ihnen hierzu Sicherheit zu geben, haben wir in unserem Erhöhungsschreiben zusätzlich diesen Höchstbetrag angegeben. Wir wissen heute nicht, ob und in welcher Form und ab welchem Zeitpunkt unter den Tarifvertragsparteien eine Arbeitszeitverkürzung vereinbart wird. Wenn wir aber heute ohne jeden Vorbehalt einen neuen Lohn-/ neues Gehalt zusagen würden, hätten wir keinerlei Möglichkeit mehr, einen evtl. Tarifabschluß mit Arbeitszeitverkürzung in unseren betrieblichen Lohn- und Gehalterhöhungsentscheidungen zu berücksichtigen.

Wir bitten für diesen Vorbehalt um Verständnis; denn nur mit ihm konnte in diesem Jahr der Erhöhungstermin 1. Januar beibehalten werden. Wir sind überzeugt, daß die ansonsten notwendige Entscheidung, die neuen Löhne und Gehälter in diesem Jahr erst nach Abschluß der Tarifverhandlungen bekanntzugeben, weit weniger den Wünschen unserer Mitarbeiter entsprochen hätte.

Als wir den Vorbehalt formulierten, war uns bewußt, daß viele Mitarbeiter einwenden können: „Ich mache heute sowieso oft Überstunden, ich bin an einer Arbeitszeitverkürzung nicht interessiert, aber ich will sicher sein, was ich in Zukunft verdiene". Für die Fälle, wo Mitarbeiter sich so äußern, haben wir ihren Vorgesetzten einen vorformulierten Brief an die Hand gegeben. Damit können diese Mitarbeiter erklären, auch bei einer anders lautenden Tarifvereinbarung weiterhin 40 Stunden pro Woche arbeiten zu wollen. Diese Erklärung des Mitarbeiters gestattet es uns dann, den Vorbehalt fallen zu lassen.

Wir möchten eindeutig klarstellen, daß wir keinem Mitarbeiter eine solche Erklärung aufdrängen. Ob ein Mitarbeiter eine solche Erklärung abgeben will, liegt allein bei ihm. Mitarbeiter, die aber umgekehrt an einer Arbeitszeitverkürzung teilhaben wollen, bitten wir o.a. Vorbehalt auch zunächst zu akzeptieren.

Mit freundlichen Grüßen
NIXDORF COMPUTER AG"

Ganz freundlich also, keinerlei Druck, Gott bewahre. Jeder der allerliebsten Mitarbeiter hat die Wahl. Entweder er verzichtet auf die Arbeitszeitverkürzung oder auf einen entsprechenden Lohnanteil. Das ist nicht der Ton, der in vielen kleinen und mittleren Betrieben herrscht, wo der Chef persönlich umhergeht, oder seine Meister losschickt, zu drohen oder den Verkauf des Betriebs anzukündigen, nein, dazu ist man viel zu vornehm. Es wird freundlich geschrieben, es wird eine Wahl angeboten. Der einzige Grundsatz dabei: Nixdorf muß seinen Schnitt machen, der Rubel muß rollen, die Belegschaft verzichten. Frohe Weihnachten zu wünschen, haben sie vergessen.

# Nur einen Tausender im Monat ...

## Erneut Anklage in einem Heimskandal erhoben

**In der letzten Woche hatten wir über den bereits länger begonnenen Prozeß um das Sozialwerk St. Georg berichtet. Dabei hatten wir auch eine Reihe von ähnlichen Prozessen in anderen Städten NRWs erwähnt: nun ist erneut einer hinzugekommen. Auch im Fall des früheren Leiters des evangelischen Kinderheimes Overdyk in Bochum wurde jetzt Anklage erhoben.**

Dabei geht es — im Vergleich zu St. Georg — einmal um weit geringere Summen, auch die Prominenz der Beteiligten hält keinen Vergleich aus. Und über die Zustände im Heim ist weniger bekannt als über die unmenschlichen Bedingungen in der Psychiatrie. Aber es ist und bleibt ein weiteres Beispiel dafür, wie unter der Überschrift „Sozialausgaben" oder „Sozialarbeit" betrogen und gelogen wird, zum Nachteil der öffentlichen Kassen und — vor allem — der Heiminsassen bzw. Benutzer.



Ulrich S. soll in 13 Jahren nicht nur 120000 DM direkt unterschlagen haben, sondern auch für sich und seine Leute 65000 DM Steuern gespart haben — durch gefälschte Nachweise. Private Rechnungen, von Möbeln bis zur Nachhilfe für die eigenen Kinder gingen ans Heim, unvorstellbare Arbeitsausmaße wurden da eingetragen, die Tochter auf der Lohnliste geführt und so weiter und so fort.

Fragt sich nur, warum das 13 Jahre lang passieren konnte, ohne daß dagegen vorgegangen wurde. Fragt sich nur, warum auch hier, wie so oft, den ersten Enthüllungen von amtlicher Seite nicht nur mit Mißtrauen sondern mit Gegnerschaft begegnet wurde. Fragt sich nur, wer das alles gedeckt hat. Und nebenbei: woher es sich die angeblich so arme evangelische Kirche leisten konnte, solche Summen zu übersehen.

Offensichtlich bleibt: Die bürgerliche „Wohlfahrt", ist wie einst zu den Zeiten Charles Dickens immer noch, auch wenn sie nicht mehr Armenfürsorge heißen mag, ein Ort, an dem sich neben Heuchelei vor allem dunkle Geschäftemacher ansammeln.

## Rückleuchte

### Verkaufe meistbietend: Alles

Es soll weiter versteigert werden. Nicht etwa das Welfenbuch, mit dessen Ankauf man die Kassen der feinen Herrschaften füllte. Nein: Betriebe, die Eigentum der Bundesregierung sind. Die Privatisierungswelle rollt. Nicht nur VEBA und VW, wo es groß an die Öffentlichkeit kommt, überall. Die IHK Rheinland hat schon eine Privatisierungsbörse eingerichtet. Kommissionen, die prüfen sollen, was alles an Privat verkauft werden kann, wurden gebildet, die Parteien der Bundesregierung machen weitere Vorschläge, das Karussel dreht sich.

Weniger Staat — mehr Privat, so stehen sie an jeder Ecke und bieten jedem alles an, was sie zu verkaufen haben. Es fehlen nur die Uniformen der Marktschreier, und das Bild wäre komplett.

Weniger Staat — mehr Privat. Klingt ohne Zweifel verlokkend in vielen Ohren. Aber so meinen es so, wie sie es sagen: Verkaufe alles. Nicht nur den Betrieb, nicht nur Konzessionen. Nein: Die Belegschaften auch mit. Ob der neue Eigentümer die dann behält oder nicht, das ist eben: privat.

Weniger Staat — mehr Privat. Seltsamerweise erklingt diese hehre Bekundung unternehmerischen Freiheitswillens keineswegs überall. Nein, man will die fetten Brocken, mit denen machen, was man will, dafür dann wieder den Preis reinholen über Steuervergünstigungen — das Übliche eben. Die Wirtschaft ist Sache der — sagen wir einmal nicht: Wirtschaftsführer, sondern — unternehmerischen Initiative. Aber so ganz ohne Staat kommt sie denn doch nicht aus, diese Initiative. Wer sollte denn Panzer kaufen und Atomkraftwerke? Und eine staatliche Polizei zum Schutze des Eigentums ist allemal billiger als eine Privattruppe. Insofern läßt sich der Slogan umkehren: Biete Meistverkaufenden alles.

## HBV-Vorstand schützt Friderichs

# „Naß gemacht ..."

**Hans Friderichs, früher Minister, heute Chef der Dresdner Bank hat, so darf es unwidersprochen behauptet werden, auf bankeigenem Gerät belastendes Material in Sachen „Flick" beiseite gebracht, vernichtet. Als eine Hamburger HBV-Betriebsgruppe in ihrer Betriebszeitung dies erwähnte, wurde sie angegiftet — und der HBV-Vorstand kuschte.**

Die Zustände auf den Klos am Bankhaus am Valentinskampf waren Ausgangspunkte der Sache. In einem Betriebszeitungsartikel wurden fehlende Handtücher und Seife in den Seifenspendern mit anderen „Spendern" in Zusammenhang gebracht. Der Bankvorstand erteilte dem zuständigen HBV-Sekretär Möller Hausverbot. Die HBV Hamburg reichte Klage dagegen — und ein solcher Prozeß wäre für die Chefbankers nicht sehr gut ausgegangen.

Also fuhr der Bankvorstand die „sozialpartnerschaftliche Schiene" und mobilisierte Berufsbetriebsräte aus dem Gesamtbetriebsrat, die ihrerseits den HBV-Bundesvorstand mobilisierten. Und dieser distanzierte sich glattweg, mit allen möglichen seltsamen Begründungen. „Eine derartige Entgleisung" (nicht von Friderichs, sondern von der HBV-Betriebsgruppe ist gemeint) dürfe sich nicht wiederholen.

Die Betriebsgruppe protestierte selbstverständlich und nannte die Haltung des HBV-Vorstandes „gewerkschaftsschädigend" — die Antwort war verwunden, bekräftigte aber das erste Schreiben. Am Ende traten acht Hamburger Funktionäre der HBV zurück. Mit einem Handtuch, das sie von der Bank wollten, hatte es begonnen. Aber naß gemacht hat sie die eigene Gewerkschaftsführung...

## 35-Stunden-Woche: Macht sie uns krank?

## Die Sorge der Woche

Fast jeder zweite Bundesbürger stirbt an einer Kreislaufkrankheit. Tendenz: zunehmend. 53 Prozent aller Frauen und 46 Prozent aller Männer in der Bundesrepublik leiden an Übergewicht. „Und jetzt soll noch die 35-Stun-

**Axel Springers „Hör Zu" sorgt sich um die Gesundheit der westdeutschen Arbeiterschaft. Klinik-Chef Professor Ditschuneit aus Ulm meint in deren Spalten, es sei „kriminell" — weil noch weniger Bewegung. Also: wehrt euch nicht länger gegen das Gesundheitsprogramm des Kapitals. Mehr, schneller, billiger arbeiten ergibt weniger Übergewicht, mehr Gesundheit — der Herr Professor weiß das aus eigener Erfahrung. Oder?**

## Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

**4800 Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

**4630 Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

**2800 Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

**4600 Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

**4100 Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

**4000 Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

**6000 Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Pe-Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918.

**2000 Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

**3000 Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

**7100 Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

**2300 Kiel 1**, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

**5000 Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

**5090 Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

**6700 Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

**7000 Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

**Sektion Westberlin**, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.